

Thomas Lindenberger

Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.836>

Reprint von:

Thomas Lindenberger, Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, in: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, herausgegeben von Thomas Lindenberger, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 12), ISBN 3-412-13598-4, S. 167-203

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Thomas Lindenberg (1999), Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zf.dok.1.836>

Ursprünglich erschienen als: Thomas Lindenberg, Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, in: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, herausgegeben von Thomas Lindenberg, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 12), ISBN 3-412-13598-4, S. 167-203

Inhalt

KONRAD H. JARAUSCH/CHRISTOPH KLEßMANN

Vorwort zu den Sammelbänden „Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte“	11
--	----

THOMAS LINDENBERGER

Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung	13
1. Die sogenannte DDR-Gesellschaft – Grundzüge einer Debatte	16
2. „Herrschaft und Eigen-Sinn“ – der konzeptionelle Rahmen	21
3. Die Grenzen der Gesellschaft – Zwischenbefunde	26
4. Was zusammengehört: Konjunkturen der DDR-Gesellschaft	36
5. Danksagungen	43

Teil I: Betriebe und Arbeit

THOMAS REICHEL

„Jugoslawische Verhältnisse“? – Die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ und die „Syndikalismus“-Affäre (1959–1962)	45
1. Einleitung: Kontext Ende der fünfziger Jahre	45
2. „Den Brigaden größere Rechte“ – Forderungen von SED- und FDGB-Funktionären	48

3. „Wir machen keine neuen Strukturveränderungen!“ – Die SED-Führung blockt ab	52
4. Die BdsA-Kampagne im Betriebsalltag	55
5. „Jugoslawische Verhältnisse“ in den Betrieben?	61
6. Die ersten ausgezeichneten „Brigaden der sozialistischen Arbeit“	63
7. Fazit.....	72

LEONORE ANSORG

„Irgendwie war da eben kein System ‘drin“. Strukturwandel und Frauenerwerbstätigkeit in der Ost-Prignitz (1968–1989).....	75
1. Die Durchsetzung des Strukturwandels – eine Region verändert sich	76
2. Die Folgen der zentralistischen Wirtschaftsplanung für den Obertrikotagenbetrieb.....	79
3. Die Arbeitssituation der Frauen im Betrieb.....	84
4. Das Problem der Qualitätserfüllung	88
5. Zur Rolle der Arbeitsbrigaden im Obertrikotagenbetrieb.....	90
6. „Aber da führte kein Weg ‘rein“ – der Arbeitsalltag von Frauen am Beispiel eines biographischen Lebensberichts	98
7. Arbeitssituation und Arbeitserfahrungen von Frauen in der Landwirtschaft.....	107
8. Auswirkungen des Strukturwandels auf die Lebensweise von Frauen.....	114

Teil II: Ländliche Gesellschaft in den fünfziger Jahren

DAGMAR LANGENHAN

„Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!“ Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre)...	119
1. Vorbemerkungen	119
2. Ausgangsbedingungen der Kollektivierung im Untersuchungsgebiet.....	122
3. Verlauf der Kollektivierung	127
a) „Halte Dich fern von den Kommunisten“ – Distanz als Konzept (1952 bis Ende 1956)	127

b) „In Richtung Kolchose“ – die Schwachen und die Starken (Ende 1956 bis Anfang 1959).....	139
c) „Man kann nicht immer gegen den Strom schwimmen“ – LPG-Beitritt aller Bauern (1959 bis Frühjahr 1960)	149
d) „Die schnelle Umgestaltung fordert ihren Tribut“ – LPG-Mitglied oder Genossenschaftsbauer? (Die frühen sechziger Jahre).....	158
4. Fazit.....	164

THOMAS LINDENBERGER

Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft.....	167
1. Fragestellung	167
2. 1952–53: Die ABV im verschärften Klassenkampf	169
3. 1953–55: „Den Klassenkampf auf dem Lande erkennen, lähmen und liquidieren“	172
4. 1955–58: Die Einführung „neuer Arbeitsmethoden“	174
5. 1958–60: Die DVP und die ökonomische Hauptaufgabe.....	176
a) Die ABV als „Landwirte hinsichtlich des Umpflügens des Bewußtseins der Menschen auf dem Lande“?	176
b) Keine LPG = latente Kriminalität.....	180
c) Ordnung und Sicherheit im vollgenossenschaftlichen Dorf	185
6. Das „Neue“ in der Arbeit der Volkspolizei	187
7. Zwischen Parteidisziplin und „Volkserlebnis“: Eine ABV-Lebensgeschichte.....	192
8. Der ABV als Landwirt?.....	201

Teil III: Versorgungspolitik

BURGHARD CIESLA

Eine sich selbst versorgende Konsumgesellschaft? Industrieller Fischfang, Fischverarbeitung und Fischwarenkonsum in der DDR.....	205
1. Einführung.....	205
2. Industrielle Hochseefischerei und Ressourcenkrise	210
3. Industrielle Fischverarbeitung und Fischversorgung.....	216
a) Innovation im Nahrungsmittelkonsum: Tiefkühlkost im Westen und Osten Deutschlands	220
b) Eine Tiefkühlkost-Produktgeschichte : Die „Rostocker Fischstäbchen“	222
4. Bemühungen um eine moderne Eßkultur: Das „Gastmahl des Meeres“	227
5. Resümee	230

PATRICE G. POUTRUS

„...mit Politik kann ich keine Hühner aufziehen“. Das Kombinat Industrielle Mast und die Lebenserinnerungen der Frau Knut.....	235
1. Einleitung	235
2. Der Lange Weg des Goldbroilers oder von der Neuen Gesellschaft zu neuen Zuchtmethoden.....	238
3. Die Geflügelzüchterin Frau Knut	248

Teil IV: Der Bürger und sein Staat

SYLVIA KLÖTZER

„Volldampf woraus?“ – Satire in der DDR. „Eulenspiegel“ und „Kabarett am Obelisk“ in den siebziger und achtziger Jahren.....	267
1. Einleitung: Das dunkle Treppenhaus und die leuchtende Zukunft.....	267
2. Heitere Selbstverständigung über das „noch“ nicht ganz so Perfekte: Erwartungen an das Kabarett „von denen da oben“	273
3. Wie wir uns drehn und wenden: Kabarettistische Praxis (I).....	277

4. Betriebskabarett des VEB „Vorwärts“, Betriebsteil „Abwärts“: Kabarettistische Praxis (II)	286
5. Der kleine Moritz und die Presse: Kabarettbühne und „Eulenspiegel“-Heft.....	293
6. Berichte über Entwicklungsschwierigkeiten: Erwartungen an den „Eulenspiegel“	294
7. (Ziemlich) offene Briefe: Zeitungssatire (I)	297
8. Druck-Sachen	301
9. Veröffentlichte Eingaben an den Genossen Minister: Zeitungssatire (II)	305
10. „Wenn wir schon an der Longe sind, dann muß es straff bleiben“: Satire in der DDR	310

INGA MARKOVITS

Der Handel mit der sozialistischen Gerechtigkeit. Zum Verhältnis zwischen Bürger und Gericht in der DDR.....	315
1. Warum Prozeßraten sinken.....	319
2. Prozessieren wird persönlicher und „wärmer“	328
3. Anpassung wird zur Gewohnheit	333
4. Das Recht verliert an Bedeutung	343

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis	349
Literaturverzeichnis	353
Autorenverzeichnis	369
Abbildungsverzeichnis	371

Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft

1. Fragestellung

„Es darf kein Gebiet der Landwirtschaft geben, das die Volkspolizei nicht kennt.“ Mit dieser Forderung begann ein Mitarbeiter der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei im September 1952 einen Artikel in der Zeitschrift *Die Volkspolizei*.¹ Ähnliche Forderungen finden sich in zahlreichen anderen Artikeln der polizeilichen Fachpresse der fünfziger Jahre. Als ein Sicherheitsorgan der „Arbeiter-und-Bauern-Macht“ hatte auch die Deutsche Volkspolizei (DVP) ihren Beitrag zur „sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft“ zu leisten. Für dessen Untersuchung ist zunächst von folgenden Voraussetzungen auszugehen:²

Die DVP der frühen fünfziger Jahre blieb – aller sozialistischen Rhetorik zum Trotz – von der doppelten Funktion der öffentlichen Polizei in modernen Rechtsstaaten bestimmt.³

1) Sie war diejenige staatliche Einrichtung, deren besondere Aufgabe in der Aufrechterhaltung von allgemeiner „öffentlicher Sicherheit und Ordnung“ bestand. Die Wahrnehmung dieser Funktion lag in erster Linie in den Händen der *Schutzpolizei*. 2) Die Polizei war in der DDR „Untersuchungsorgan“ im Sinne der Strafprozeßordnung (StPO) unter Aufsicht des Staatsanwalts, eine Funktion, die in erster Linie von der *Kriminalpolizei* wahrgenommen wurde. Als solches leistete sie die Hauptarbeit bei strafrechtlichen Ermittlungsverfahren. Beide Funktionen wurden in ihrer Ausführung von politischen Richtlinien der SED be-

1 Alfons Petzold, Auch die Erfassung und der Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse muß uns interessieren, in: *Die Volkspolizei* 5 (1952), Nr. 17, S. 9f., hier S. 9. Thema war die enge Zusammenarbeit von Polizei und Volkseigenen Erfassungs- und Aufkauf-Betrieben (VEAB) im Kampf gegen ablieferungsunwillige Großbauern.

2 Als Überblick zur DVP siehe zuletzt Thomas Lindenberger, *Die Deutsche Volkspolizei (1945–1990)*, in: Torsten Diedrich u. a. (Hg.), *Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR*. Hg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), Berlin 1998, S. 97–152.

3 Siehe zu dieser nicht unbeträchtlichen Traditionsgebundenheit aus rechtshistorischer Sicht Thomas Lindenberger, *Öffentliche Polizei im Staatssozialismus: Die Deutsche Volkspolizei*, in: Hans-Jürgen Lange (Hg.), *Kontinuitäten und Brüche. Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland (Studien zur Inneren Sicherheit)*, Leverkusen 1999 (i. Dr.).

stimmt. Zugleich muß davon ausgegangen werden, daß ihre Tätigkeit auch unter diktatorischen Verhältnissen von den Erwartungen der Bürger an eine „gute Ordnung“ in der Öffentlichkeit wie im Privatbereich auszugehen hatte. Es wäre falsch, ihre Funktion auf die eines Repressionsinstrumentes zur Umsetzung politischer Zielsetzungen zu reduzieren. Die Volkspolizisten nahmen wie ihre Kollegen in anderen Ländern und politischen Systemen in der Alltagsroutine zumeist „unpolitischere“ Ordnungsfunktionen wahr. Selbst die strafverfolgende Tätigkeit der DVP beruhte während der fünfziger Jahre formal gesehen weitgehend auf Hergebrachtem aus dem bürgerlichen Strafrecht und dem Berufswissen von Kriminalpolizisten – trotz des radikalen und in der Polizeigeschichte beispiellosen personellen Neubeginns nach 1945. Ein extrem instrumentalistisches, der Hochphase des Stalinismus zuzurechnendes Staats- und Rechtsverständnis⁴ erlaubte die formelle Beibehaltung bürgerlicher Rechtsformen und Institutionen, solange die ‚Partei der Arbeiterklasse‘ dafür sorgte, daß sie mit ‚revolutionärem‘ Inhalt gefüllt wurden.

Das Eigentum am für die Landwirtschaft erforderlichen beweglichen und unbeweglichen Kapital grundsätzlich neu zu ordnen, war eines der wichtigsten gesellschaftspolitischen Ziele der SED. An die Stelle des zum Teil erst 1945 massenhaft neugeschaffenen individuellen Eigentums sollte ab 1952 nach dem Willen der SED das kollektive Eigentum treten. Dieser Wechsel erfolgte nicht von heute auf morgen: In einer bis weit in die sechziger Jahre hineinreichenden Übergangsphase existierten privates und staatlich-kollektives Eigentum neben- und gegeneinander.⁵ Die Politik der „sozialistischen Umgestaltung“ brachte daher fortwährend polizeilich relevante Konflikte und Verhaltensweisen mit sich: Nicht nur Spannungen zwischen LPG-Mitgliedern und Einzelbauern, Anhängern und Gegnern der Kollektivierung, die sich im Wirtshaus in Schlägereien und Beleidigungen entladen mochten. Auch gravierende Mißstände und Inkompetenz in den Unternehmen der sozialistischen Landwirtschaft, die Viehseuchen oder Viehvergiftungen nach sich zogen und einen üppigen Nährboden für Unterschlagungen und Betrug bildeten, beeinträchtigten die öffentliche Ordnung auf dem Lande. All dies rief – neben der SED als eigentlichem Motor dieser Entwicklung und dem Ministerium für Staatssicherheit als der für ‚politische‘ Delikte zuständigen Behörde – naturgemäß auch die DVP auf den Plan. Wie konnte und sollte sie unter diesen Bedingungen alltägliche Ordnung sichern und *zugleich* die Kollektivierung befördern?

Das System der Abschnittsbevollmächtigten (ABV) eignet sich in besonderer Weise, um dieses prekäre Verhältnis von zentraler Politik und lokaler Ordnungssicherung herauszuarbeiten. Ich werde mich dazu im folgenden zweier grundverschiedener Perspektiven bedienen: Der Schwerpunkt liegt zunächst auf der Darstellung der volkspolizeilichen Strategien und Maßnahmen zur Absicherung und Förderung der Kollektivierung resp. zur Behinderung der privaten Landwirtschaft auf der Grundlage archivalischer Überlieferung (2.–6.). Die Lebensgeschichte eines „Land-ABV“ liefert dann einen erfahrungsgeschichtlichen Kontrapunkt zu dieser „Blaupause“ der DDR-Polizeiexperten (7.). Abschließend werde ich anhand

4 Siehe Klaus Sieveking, Die Entwicklung des sozialistischen Rechtsstaatsbegriffs in der DDR. Eine Studie zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsstaat in der SBZ-DDR zwischen 1945 und 1968 (Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, Rechtswissenschaftliche Veröffentlichungen, Bd. 3), Berlin (W.) u. a. 1975, S. 49f.

5 Siehe Arnd Bauerkämper, Kontinuität und Auflösung der bürgerlichen Rechtsordnung. Landwirtschaftliches Bodeneigentum in Ost- und Westdeutschland 1945–1990, in: Hannes Siegrist, David Sugarman (Hg.), Eigentumskulturen im Vergleich. Eigentums-, Persönlichkeits- und Bürgerrechte im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1999 (i. Dr.).

der Frage nach dem „ABV als Landwirt“ das im staatssozialistischen Polizeiverständnis angelegte symbiotische Verhältnis von Herrschaftsfunktion und biographischem Eigen-Sinn diskutieren.

Um das volkspolizeiliche Handeln in seiner ganzen Spannweite von den Vorgaben von oben bis zur Polizeiarbeit vor Ort herauszuarbeiten, wird Material aus allen drei Hierarchie-Ebenen herangezogen, die ab 1952, nach der Auflösung der Länder, alle Institutionen der DDR gliederten: Als Leitungsorgan auf der zentralen Ebene fungierte die Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (HVDVP) im Ministerium des Innern (Mdi), die unter direkter Kontrolle der SED-Spitzenorgane die Richtlinien und Handlungskonzepte der DVP ausarbeitete. Deren Einführung und Umsetzung wurde in erster Linie von den Bezirksbehörden der DVP (BDVP) als mittlerer Ebene organisiert. Die unterste Ebene stellte das VP-Kreisamt (VPKA) dar, dessen Leiter und Abteilungen unmittelbar für die operative Arbeit der Volkspolizisten zuständig waren, und die naturgemäß die konkretesten Schilderungen der alltäglichen Polizeiarbeit hinterließ.⁶ Für diese gelegentlichen „Tiefenbohrungen“ habe ich den Bezirk und den Landkreis Potsdam gewählt.

2. 1952–53: Die ABV im verschärften Klassenkampf

Der Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952, unverzüglich mit dem „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ zu beginnen, ging von der „Staatsmacht“ als dem dabei einzusetzenden „Haupthebel“ aus. Ihrer Stärkung dienten in den folgenden Monaten zahlreiche organisatorische und rechtspolitische Neuerungen, die auch die Volkspolizei unmittelbar betrafen. Für den Ausbau der bereits seit 1948 systematisch betriebenen Kriminalisierung von sozialen Gruppen und Personen, die als „gegnerisch“ eingestuft wurden, waren vor allem die neue Strafprozeßordnung (StPO) sowie eine Reihe von speziellen Strafgesetzen und strafbewehrten Regierungsverordnungen von Bedeutung. Das Anfang Oktober 1952 verabschiedete „Gesetz zum Schutze des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums“ unterstellte direkt von der SED kontrollierte Wirtschaftsbereiche einem besonderen Rechtsschutz.⁷

Diesen zu exekutieren, war unter anderem Aufgabe der DVP, auch auf dem flachen Lande. Dort galten vor allem die sozialistischen Agrarbetriebe (LPG, MTS, VEG) als besonders gefährdet. Eine einschneidende Strukturveränderung auf der untersten Hierarchieebene der DVP sollte diese äußersten Vorposten des Sozialismus in noch feindlicher Umgebung absichern. Das im Dezember 1952 eingeführte ABV-System beruhte auf der Einteilung des gesamten Territoriums der DDR in „Abschnitte“ mit durchschnittlich 4 000 Einwohnern.⁸ Jeweils ein Polizist, der ABV, hatte in seinem Abschnitt ein weitgefächertes

6 Allgemein zu den die DVP betreffenden Quellen siehe auch Thomas Lindenberger, *Der ABV im Text. Zur internen und öffentlichen Rede über die Deutsche Volkspolizei der 1950er Jahre*, in: Alf Lütke, Peter Becker (Hg.), *Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag*, Berlin 1997, S. 137–166.

7 Siehe GBl. 1952, S. 982.

8 Zur Einführungs- und Erprobungsphase des ABV-Systems s. ausführlicher Thomas Lindenberger, *La police populaire de la RDA de 1952 à 1958. Une micro-étude sur la gouvernementalité de l'État socialiste*, in: *Annales HSS*, Jan./Feb. 1998, H. 1, S. 119–152.

Programm informatorischer, vorbeugender und ordnungssichernder Aufgaben wahrzunehmen. Dazu gehörte auch die Organisation und der Einsatz der Gruppen ehrenamtlicher „Helfer der Volkspolizei“, in denen sich seit Sommer 1952 aufgrund einer Ministerratsverordnung tausende „fortschrittlich“ eingestellter DDR-Bürger zum Schutz des Aufbaus des Sozialismus engagieren konnten.⁹ Aus den entsprechenden Beschlüssen der SED-Spitze und Befehlen des Chefs der DVP geht eindeutig hervor, daß dieses System bei seiner Einführung vor allem auf die polizeiliche Durchdringung ländlicher Gebiete und die Sicherung und Förderung besonders der Unternehmen der sozialistischen Landwirtschaft abzielte.¹⁰ Die massive Unterstützung kollektivierungswilliger Bauern sollte sich nicht auf Subventionen und niedrigere Abgabesolls beschränken. Es ging darum, alle auf dem Lande präsenten Staatsorgane und Massenorganisationen in die Politik der Kollektivierung einzubinden. Die Notwendigkeit eines unnachsichtigen Vorgehens gegen deren Feinde mußte auch den Volkspolizisten auf der untersten Ebene in einer Art Aufklärungskampagne verdeutlicht werden. Gelegenheit dazu bot im Oktober 1952 ein „Vorkommnis“ im Dorf Friedrichs-*aue/Kr. Seelow* im Bezirk Frankfurt/Oder, das hinsichtlich der Akteure und inkriminierten Handlungsmuster Eigenschaften aufwies, wie sie für die durch die Agrarpolitik der SED induzierten Konflikte auch in den kommenden Jahren charakteristisch blieben: Eine kleine Gruppe von Bauern kündigt eine LPG-Gründung an, wird am selben Abend in der Kneipe von örtlichen „Meinungsführern“ deswegen angegangen, es kommt zu Tätlichkeiten. Anstatt den Vorfall „politisch“ zu interpretieren, legt der zuständige Sachbearbeiter der Kriminalpolizei den Vorfall schnell als Routineangelegenheit beiseite; schlimmer noch: Nachdem er auf Weisung von Vorgesetzten hin doch mit Ermittlungen beginnt, setzt er die Verdächtigen davon inoffiziell in Kenntnis. Auch die örtlichen Parteifunktionäre verhalten sich weiterhin passiv, ihnen wird später vorgehalten, sie stünden den in die Angelegenheit verwickelten Großbauern nahe. Das Politbüro selbst stellte mehrere SED-Funktionäre und insbesondere die beteiligten DVP-Dienststellen bis hinauf zur HVDVP wegen „opportunistischen Verhaltens“ und „Versöhnlerertum“ gegenüber „feindlichen Elementen im Dorf“ an den Pranger.¹¹

Die durch soziale Nähe im ländlichen Alltag gegebenen regelmäßigen Kontakte zwischen Funktionsträgern des politischen Systems und „maßgeblichen“ Persönlichkeiten aus der Bauernschaft kamen der Durchsetzung der SED-Politik auch in den folgenden Jahren in die Quere. Wiederholt brandmarkte die Polizeiführung „freundschaftliche Beziehungen“ zu „großbäuerlichen Elementen“, die zum Beispiel aus regelmäßigen gemeinsamen Wirtshausbesuchen ohne weiteres zu schlußfolgern waren, als „Paktierertum“ und stellte sie neben den „ideologischen Unklarheiten“ als die Hauptursache für den Mangel an Initiative seitens der unteren DVP-Dienstgrade im Kampf gegen die Großbauern dar.¹² In ähnlicher Weise erwie-

9 Siehe GBl. 1952, S. 967. Siehe auch Thomas Lindenberger, *Vaters kleine Helfer. Die Volkspolizei und ihre enge Verbindung zur Bevölkerung, 1952–1965*, in: Gerhard Fürmetz u. a. (Hg.), *Reform und Alltag der Polizei in West- und Ostdeutschland 1945–1969*, Hamburg 1999 (i. Dr.).

10 Vgl. auch Protokoll des Sekretariats des ZK am 11.9.52, SAPMO-BArch, Dy 30 J IV 2/2, Nr. 323.

11 Siehe *Neues Deutschland* v. 2.11.1952, Nr. 259, S. 1f. Ausführlicher zu diesem „Vorkommnis“ und seiner „Auswertung“ in der SED siehe Arnd Bauerkämper, *Abweichendes Verhalten in der Diktatur. Probleme einer kategorischen Einordnung am Beispiel der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR*, in: ders. u. a. (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn 1998, S. 294–311, hier S. 301f.

12 Siehe z. B. Herbert Grünstein (stellvertretender Chef der DVP), *Kampf der Sorglosigkeit und dem Paktierertum*, in: *Die Volkspolizei* 5 (1952), Nr. 23, S. 3–5.

sen sich die geschäftlichen Beziehungen zwischen Einzelbauern und Vertretern staatlicher Großhandelseinrichtungen, insbesondere der staatlichen Aufkaufbetriebe (die ja auch mit einschneidenden Sanktionsvollmachten ausgestattet waren) als eine permanente Quelle von *Kollusionen*,¹³ die das verordnete Freund-Feind-Schema unterliefen. Die überwachende und berichtende Arbeit der DVP richtete sich daher nicht nur darauf, dem „Klassengegner“ politische und Wirtschaftsdelikte anzulasten, ihr fiel von Anfang an zugleich die Aufgabe zu, auch das „eigene“ Lager genauestens zu observieren. Dabei ging es sowohl um Verhaltensweisen und Entscheidungen, die als Begünstigung von Großbauern gewertet werden konnten, als auch um die persönliche Verantwortung für Mißwirtschaft in den sozialistischen Agrarbetrieben.

Die erst ab Januar 1953 nach und nach eingesetzten ABV hatten – soweit aus den Quellen ersichtlich – mit diesen Aktivitäten aber noch wenig zu tun. Den Vorstellungen der politischen und polizeilichen Führung zufolge sollten sie auch dazu beitragen, die Distanz der in den Städten postierten Dienststellen, insbesondere der Kriminalpolizei, zu den örtlichen Verhältnissen zu überbrücken. Die „enge Verbindung zur Bevölkerung“ wurde immer wieder als das Leitmotiv ihrer Arbeit proklamiert. In ihren ersten Versammlungen berichteten die ABV über „schlechte Arbeitsmoral“ und „Mangel an Arbeitskräften“ in VEG und LPG, aber auch über Einzelbauern, die den Plan zur Frühjahrsbestellung nicht einhielten, und über Verzögerungen in der Auslieferung des Saatgutes durch die BHG.¹⁴ In den Situationsberichten der Unterabteilung LPG im RdB Potsdam tauchen immer wieder floskelhafte Hinweise auf wie „dort, wo LPG gegründet werden, [werden] VP-Posten eingerichtet“ oder „Zum Schutz unserer Genossenschaft werden diese immer wieder auf die Zusammenarbeit mit den VP-Abschnittsbevollmächtigten hingewiesen“. Auch finden sich lobende Erwähnungen wie „In unserem Kreis [Potsdam] ist die Arbeit des Gegners durch die gute Arbeit der Volkspolizei weitgehendst eingeschränkt worden“. Diese beziehen sich aber nicht auf die Tätigkeit der ABV, sondern auf die Aufklärung von „gegnerischen“ Diebstählen und Meinungsdelikten durch die Kriminalpolizei.¹⁵ Die ABV stellten schon in diesem frühen Stadium in erster Linie einen zusätzlichen Informationskanal für die politische Führung in den regionalen Zentren dar. Ihre Tätigkeit war *defensiv* auf die Sicherung der bereits bestehenden Machtpositionen wie MTS, LPG, VEG ausgerichtet. In den „Mitteilungen zum Dienstgebrauch“, die der Chef der BDVP Potsdam von Zeit zu Zeit an die Kreisämter verschickte, um „gute“ und „schlechte“ Beispiele der ABV-Arbeit zu verbreiten, dominierte im übrigen die herkömmliche Kleinarbeit: Hier wirkte ein ABV an der Entlarvung eines vorbestraften KVP-Anwärters mit, dort wurde ein Großbauer beim Schwarzschlachten erwischt oder ein illegaler Waffenbesitz entdeckt.¹⁶ Ansonsten hatten die ABV wie alle anderen auf dem Lande tätigen Partei- und Staatsfunktionäre an den teilweise saisonabhängigen Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen mitzuwirken: Sei es beim „Tag der Bereitschaft“ im Fe-

13 Kollusion: „geheimen (betrügerisches) Einverständnis zum Nachteil eines Dritten“ (Wahrigs Fremdwörter-Lexikon).

14 VPKA Potsdam, Protokoll über die Besprechung der Abschnittsbevollmächtigten am 21.1.53, BLHA, Rep. 404/15, Nr. 174, Bl. 25–31, hier Bl. 26; sowie Tagung der Abschnittsbevollmächtigten des VPKA Potsdam am 18.2.1953, ebd., Bl. 34–38.

15 Situationsberichte der Unterabteilung LPG des RdB Potsdam und des Referats Produktionsgenossenschaften des RdK Potsdam-Land vom Dezember 1952 bis Mai 1953, BLHA, Rep. 401, Nr. 831, Bl. 96, 101, 118, 123, 127, 370, 453, 476, 522v.

16 Siehe BDVP Potsdam, Mitteilungen für den Dienstgebrauch v. 10.3. und 26.5.1953, BLHA, Rep. 404/15, Nr. 171, Bl. 1–4v.

bruar und während der Auslieferung des Saatguts und der Frühjahrsbestellung in den Monaten danach, sei es bei der Herbstbestellung und beim „Schutz der Ernte“, oder beim vorbeugenden Brandschutz und bei der Bekämpfung von Tierseuchen und unsachgemäßem Umgang mit Giften und Düngemitteln.

Mit der routinemäßigen Bearbeitung dieser Dauerthemen erreichten die ABV aber noch nicht jene neue, „klassenkämpferische“ Qualität volkspolizeilicher Interventionen, die man sich in den zentralen Führungsgremien von SED und DVP von ihnen erhoffte. Auf einer Kreisamtsleitertagung des Bezirks Potsdam am 30. März 1953 zog der Bezirkschef eine negative Bilanz: Obwohl es sich bei den neuen „Methoden der ABV“ seit 1945 um die „einschneidendsten Maßnahmen“ in der DVP handle, seien die Kreisamtsleiter „nicht wütig genug an die Einsetzung der ABV herangegangen“. Und wie um Mißverständnissen über den Charakter der durch die DVP zu führenden Auseinandersetzungen vorzubeugen, verdeutlichte er die Parteilinie: „Nach der II. Parteikonferenz verschärfte sich der Klassenkampf von Tag zu Tag. Er verschärft sich in dem Maße, wie in der DDR die Einschränkung der kapitalistischen Elemente vorgenommen wird. [...] Hierbei liegt das Schwergewicht des Klassenkampfes auf dem Dorfe.“ Beabsichtigten Republikfluchten von Arbeitern sei durch Aufklärungsarbeit entgegenzuwirken. „Verläßt ein Großbauer oder anderes kapitalistisches Element die DDR so werden wir diesen Elementen keine Träne nachweinen.“¹⁷

3. 1953–55: „Den Klassenkampf auf dem Lande erkennen, lähmen und liquidieren“

In den Dörfern der DDR sahen das viele Menschen bekanntlich anders. Häufig stellten sie sich auf die Seite der bedrängten Bauern,¹⁸ so auch im Fall der LPG Clement Gottwald, im Dorf Neu-Töplitz, im Landkreis Potsdam. Nachdem die SED-Führung unter dem Eindruck des Aufstandes am 17. Juni 1953 republikflüchtigen Großbauern die Rückkehr und Wiedereinsetzung in ihr Eigentum zugesagt hatte, mußte der Operativstab der BDVP Potsdam berichten:

„In Neu-Töplitz wurde eine Versammlung der LPG durchgeführt, an der ca. 400 Personen aus allen umliegenden Dörfern teilnahmen. Bei dieser Versammlung meldete sich der ehemalige II. Vorsitzende der LPG W. zum Wort und brachte zum Ausdruck, dass seiner Meinung nach die LPG nicht mehr lebensfähig sei und daß der jetzige Vorsitzende abgelöst werden müsse. An seiner Stelle sollte ein gewisser G. [einer der früheren Großbauern – T. L.], welcher zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt war und jetzt freigelassen wurde, eingesetzt werden. W. verstand es, die Versammlungsteilnehmer soweit aufzuhetzen, dass bei jedem Wort des Vorsitzenden gepfiffen wurde. Durch diese Hetze ist es soweit gekommen, dass sich die Mitglieder der LPG, vor allen die Dingen die Frauen, nicht mehr allein auf die

17 Siehe VPKA Potsdam, Kreisamtsleitertagung am 30.3.1953, BLHA, Rep. 405/15, Nr. 285, Bl. 9.

18 Siehe zum Beispiel Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht (Forschungen zur DDR-Geschichte, Bd. 1), Berlin 1995, S. 73–92 und bei Armin Mitter, „Am 17.6.1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern.“ Die Bauern und der Sozialismus, in: Ilko-Sascha Kowalczuk u. a. (Hg.), Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, (Forschungen zur DDR-Geschichte, Bd. 3), S. 75–128, dargestellten Fälle.

Strasse trauen. Eine Verkäuferin einer HO-Verkaufsstelle weigerte sich einer Bäuerin der LPG etwas zu verkaufen.“¹⁹

Auch die Unterabteilung für Landwirtschaft des Landkreises Potsdam berichtete für diese Zeit über die angebliche „Hetze“ des W. gegen den Fortbestand der LPG angesichts der zu erwartenden Rückkehr der geflüchteten Großbauern und von einem nächtlichen Einbruch Unbekannter in eine der LPG-Scheunen.²⁰ Den Hintergrund dieser Auseinandersetzung bildeten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Veruntreuungen des Gründungsvorsitzenden, der zugleich Bürgermeister der Gemeinde war.²¹ Auf derartige von „Auflösungserscheinungen“ befallene LPG konzentrierten sich daher auch die Kriminalisten im Potsdamer Kreisamt: Sie beteiligten sich am Ernteeinsatz, besuchten Versammlungen und richteten einen „ständigen Informationsdienst“ ein, um im Bedarfsfall „bei strafbaren Handlungen Abhilfe zu schaffen.“²²

Zunächst zeigen diese beiden Echos auf die „Auflösungserscheinungen“ in einem kleinen Dorf bei Potsdam, daß sich Konflikte um die LPG direkt auf die öffentliche Ordnung im Dorf auswirken konnten: Die LPG-Frauen fühlten sich in der Öffentlichkeit bedroht und isoliert, das LPG-Eigentum schien nächtlichen Angriffen ausgesetzt. Derartige Ereignisse waren von unmittelbarer polizeilicher Relevanz. Zahlreiche Verfahren wegen Beleidigung, Körperverletzung und Widerstand waren die Folge. Die von den Potsdamer Kriminalisten beschriebene Vorgehensweise kann als repräsentativ für die Phase der Stabilisierung nach dem 17. Juni 1953 angesehen werden: Mit Hilfe erprobter Präventionsstrategien, nämlich der Überwachung dazu besonders geeigneter öffentlicher Ereignisse (Ernte) und Räume (Versammlungen) sollte der erreichte Status quo gesichert werden. Auf ein Vorantreiben der Kollektivierung durch die extensive und gezielte Kriminalisierung bestimmter *wirtschaftlicher* Verhaltensweisen wurde zunächst verzichtet. Dementsprechend verlagerte sich auch im Kreis Potsdam der Schwerpunkt der Strafverfolgung auf die „Allgemeine Kriminalität“ (einschließlich der politischen Delikte), während das für den „Schutz des Volkseigentums“ zuständige Kommissariat einen starken Rückgang zu verzeichnen hatte. Dies sei „[z]urückzuführen auf die Kursänderung unserer Partei und Regierung“, heißt es abschließend in dem bereits zitierten Bericht der Potsdamer Kriminalpolizei.²³

Die „Kursänderung unserer Partei“ beinhaltete nicht nur den vorläufigen Verzicht auf eine forcierte Kollektivierung, sondern vor allem das Bemühen um die Wiedergewinnung staatlicher Autorität auf dem Lande, die gerade in Folge des Zurücksteckens auf wirtschaftspolitischem Gebiet um so gefährdeter erschien. Nach dem sicherheitspolitischen Debakel des 17. Juni wurde sowjetischen „Ratschlägen“ folgend die im engeren Sinne militärische Aufrüstung der KVP zugunsten des Ausbaus der DVP gekürzt. Damit verband sich zugleich die Vergrößerung und konzeptionelle Weiterentwicklung des ABV-Systems. Im Unterschied zu den ersten, vor dem Juni 1953 erlassenen Weisungen orientierte die DVP-Führung nun nicht mehr vordergründig auf die Unterstützung der LPG resp. Bekämpfung der Großbauern mit allen zur Verfügung stehenden polizeilichen Mitteln, sondern in

19 BDVP Potsdam, Operativstab an den Chef der BDVP, 29.7.1953, BLHA, 404/15, Nr. 24, Bl. 35.

20 RdK Potsdam Land, Unterabteilung LPG, Situationsbericht 30.7.53, BLHA, Rep. 401, Nr. 832, Bl. 459v-460.

21 Siehe ebd., Nr. 831, Bl. 87.

22 VPKA Potsdam, Abt. K, Quartalsbericht für das III. Quartal 1953, 30.9.53, BLHA, Rep. 405/15, Nr. 281, Bl. 166.

23 Ebd., Bl. 167.

einem umfassenderen Sinne auf die „enge Verbindung zur Bevölkerung“, einschließlich der „werktätigen Bauern“.²⁴ Hatte sich der SED-Staat während der Kampagne zur Vertreibung der Großbauern durchaus selbst als Urheber der „Verschärfung des Klassenkampfes“ betrachtet, so strebten Volkspolizisten nun danach, „den Klassenkampf auf dem Lande zu erkennen, zu lähmen und zu liquidieren“, so der Leiter der Potsdamer Schutzpolizei im Rückblick auf die Jahre 1953 und 1954.²⁵ Für die alltägliche und in erster Linie von den ABV und der Schutzpolizei zu leistende Polizeiarbeit auf dem Lande bedeutete dies zweierlei: Erstens den Ausbau und die Qualifizierung des ABV-Systems selbst, zweitens die präventiv ausgerichtete Überwachung aller landwirtschaftlich relevanten Abläufe, die mit der Einhaltung der Pläne in Verbindung standen, unabhängig davon, *wer* die Pläne einhalten sollte: die MTS, die LPG und VEG, oder die Einzelbauern.²⁶

4. 1955–58: Die Einführung „neuer Arbeitsmethoden“

Eine Reihe von Neuerungen in den Jahren 1955 und 1956 schuf erste Ansatzpunkte für eine Verzahnung von ABV- und kriminalpolizeilicher Arbeit mit dem Ziel, die Wirksamkeit der ABV bei der Unterstützung der Kollektivierung zu befördern. Vordergründig standen sie im Zeichen des verstärkten Bemühens um „sozialistische Gesetzlichkeit“. Dazu gehörte die zentrale Weisung, „[b]ei strafbaren Handlungen mit geringer Gesellschaftsgefährlichkeit müssen Ermittlungen insbesondere über die Person des Beschuldigten getroffen werden“. Diese Aufgabe wurde häufig an die ortskundigen ABV weitergereicht.²⁷ Der Terminus „geringe Gesellschaftsgefährlichkeit“ bezog sich auf die für die Strafverfolgung in der DDR maßgebliche Lehre vom „materiellen Verbrechensbegriff“, wonach die Schwere einer Straftat nach seinem Schaden für die Gesellschaft zu bemessen und differenziert zu ahnden war. Bei als geringfügig erachteter Gesellschaftsgefährlichkeit sollte die Person des Täters – und das hieß vor allem: Klassenzugehörigkeit, politischer Standort – über das weitere Vorgehen entscheiden, um eine voreilige Kriminalisierung jener DDR-Bürger zu vermeiden, die die SED-Führung für den DDR-Sozialismus zu gewinnen hoffte.²⁸

Bei der Aufdeckung der besonders „gesellschaftsgefährdenden“ Wirtschaftsverbrechen sollten künftig sogenannte „neue Arbeitsmethoden“ zum Einsatz kommen. Diese der „Wachsamkeit“ halber im internen Schriftverkehr verwendete Deckbezeichnung umfaßte

24 Siehe Vorläufige Instruktion für die Abschnittsbevollmächtigten der Deutschen Volkspolizei v. 17.3.1953, Anlage zu Befehl 152/52, BMI; Maron an Minister des Innern, 26.8.1953, ebd.; Instruktion 2/53 für die Abschnittsbevollmächtigten der Deutschen Volkspolizei v. 15.10.1952, ebd. – Sämtliche im folgenden angeführten Weisungen (Befehle, Direktiven, Dienstanweisungen, Instruktionen) sind, sofern nicht anders nachgewiesen, nach der Überlieferung im Weisungsbestand in der Schriftgutverwaltung der Außenstelle des Bundesministerium des Innern in Berlin-Mitte (ehem. Sitz des DDR-MdI) zitiert.

25 VPKA Potsdam, Abt. S, 7.1.55, Jahresanalyse der Abteilung Schutzpolizei 1953/1954, BLHA, Rep. 405/15, Nr. 284, Bl. 5.

26 Vgl. Gerhard Lich, Zur Arbeit der Volkspolizei auf dem Lande, in: Schriftenreihe der Deutschen Volkspolizei Nr. 1 (Nov. 1955), S. 16–23.

27 Befehl Nr. 41/55 des Chefs der DVP v. 23.7.55, Verbesserung der Arbeit der Untersuchungsorgane der Deutschen Volkspolizei.

28 Siehe Hilde Benjamin, Zur Strafpolitik, in: Neue Justiz 8 (1954), Nr. 16, S. 453–456.

zum einen die Arbeit mit „geheimen Informatoren“ durch die Kriminalpolizei, analog zum Spitzelsystem des MfS.²⁹ Zum anderen wurde den ABV auferlegt, Personen, die sich von ihrer Tätigkeit her als Informationsquelle eigneten, informatorisch abzuschöpfen und sie als „Vertrauenspersonen“ in ihren dienstlichen Unterlagen zu führen, allerdings ohne diese selbst von diesem Umstand in Kenntnis zu setzen.³⁰

„Geringe Gesellschaftgefährlichkeit“ definierte einen Restbereich „kleiner Kriminalität“, dessen Bearbeitung ein Jahr später weitgehend den ABV übertragen wurde. Hatten sie sich bis dahin lediglich durch die Erledigung einzelner Ermittlungsaufträge für die Untersuchungsorgane an der Verbrechensbekämpfung beteiligt, so sollten sie nun nach einer zusätzlichen Schulung selbständig Anzeigen entgegennehmen und nach Rücksprache mit den zuständigen Abteilungen ihres Kreisamtes auch Ermittlungsverfahren bis zum Entwurf eines Schlußberichts für den Staatsanwalt durchführen. In der entsprechenden Dienstanweisung wurde ein doppelter Grund für diese Neuerung angeführt: „Die bisherige Praxis, einen Bürger, der beim ABV eine Anzeige erstatten wollte, an die Abteilung K oder VE des zuständigen VPKA zu verweisen, führte zur Vernachlässigung der Wahrung der Rechte und Interessen der Bürger und zu einer Schädigung der Autorität der ABV.“³¹ Diese Kompetenzerweiterung galt zunächst nur für die ländlichen ABV; erst zwei Jahre später wurde sie auch auf die ABV in den Städten und Angehörige des Betriebsschutzes ausgedehnt.³²

Für die ABV stellte die Berechtigung zur eigenständigen Bearbeitung von Ermittlungsverfahren eine einschneidende Veränderung ihres Arbeitsfeldes dar. Zunächst wurde dadurch der Qualifizierungsdruck enorm erhöht: Sie mußten sich nicht nur Grundkenntnisse der Strafprozeßordnung, des Strafrechts und der Beweistheorie in einem Umfang aneignen, wie dies für Angehörige der Schutzpolizei bei weitem nicht vorgesehen war; gravierender war der schiere Mangel an Rechtschreibkenntnissen, der viele daran hinderte, lesbare Schlußberichte für den Staatsanwalt anzufertigen. Gerade ältere, routinierte ABV brachten aber wenig Verständnis für erneute wochen- oder monatelange Schulbesuche auf.³³

In den Niederungen der Polizeiarbeit vor Ort brachten diese organisatorischen und methodischen Änderungen allerdings kaum Erfolge. Aufgedeckt wurden nach wie vor vor allem Straftaten, durch die Unternehmen der sozialistischen Landwirtschaft *von innen her* geschädigt worden waren. Daneben entwickelten sich Diebstähle von unzureichend gesi-

29 Befehl Nr. 49/55 des Chefs der DVP v. 15.8.55, und die dazu gehörenden Instruktionen. Daß dies zu diesem Zeitpunkt innerhalb der DVP beileibe keine Selbstverständlichkeit darstellte, zeigt folgende Intervention des Leiters der Untersuchungsabteilung der HVDVP auf einer Arbeitstagung im März 1954: Ein Genosse P. vom Berliner VP-Präsidiums hatte im Zusammenhang mit der Erforschung von Brandursachen „auf die Methoden der alten Polizei“ verwiesen. „Früher hatte man V-Leute um Verbrechen auf die Spur zu kommen, so etwas ähnliches müsste man heute auch haben.“ Weiter heißt es im Protokoll: „Genosse Kdr. Baranowski erklärt, daß man eine Parallele mit der faschistischen Polizei von 1933 nicht machen kann, das hat eine gefährliche Seite wie es der Genosse P. aufzeigt. Wir haben die Genossen der Partei, die ABV und andere Möglichkeiten um Verbrechen u. ä. auf die Spur zu kommen. V-Leute haben wir nicht und die brauchen wir auch nicht. Ausserdem ist dieses verboten. Genosse zeigt dann den Unterschied zwischen den bürgerlichen Kriminalisten von früher und der heutigen Kriminalpolizei auf.“ BDVP Potsdam, U, 8.3.54, Protokoll über die am 5.3.1954 durchgeführte Arbeitstagung, BLHA, Rep. 404/15, Nr. 24, Bl. 109.

30 Befehl Nr. 45/55 des Chefs der DVP v. 3.8.55.

31 Dienstanweisung des Chefs der DVP Nr. 8/56 v. 27.7.56.

32 Dienstanweisung des Leiters der HVDVP Nr. 6/58 v. 5.8.58.

33 Vgl. VPKA Potsdam, Sekretariat, Protokoll über die dezentralisierte ABV-Konferenz am 28. Februar 1957, BLHA, Rep. 405/15, Nr. 285, Bl. 45–66.

chertem landwirtschaftlichem Gerät zu einem weiteren Schwerpunkt.³⁴ Für diese Situation wurde die mangelhafte Arbeit der LPG-Funktionäre, die unentwickelte „innergenossenschaftliche Demokratie“ sowie die ungenügende „Anleitung und Kontrolle“ durch die zuständigen Abteilungen der Räte der Kreise verantwortlich gemacht. Da es aber nicht im Interesse des Arbeiter-und-Bauern-Staats liegen konnte, ausgerechnet die Beschäftigten dieser Unternehmen einem verstärktem Kriminalisierungsdruck auszusetzen, sollte in Zukunft häufiger von den innergenossenschaftlichen Erziehungsmitteln gemäß LPG-Statuten Gebrauch gemacht werden.³⁵ Die Arbeit „mit Befehl 49/55“ – also der Einsatz von Spitzeln – „um latente Kriminalität zu beseitigen“, zeitigte lediglich im Kampf gegen Getreideschiebereien erste Erfolge.“³⁶ Verfahren gegen das wirtschaftliche Verhalten von Einzelbauern waren hingegen von untergeordneter Bedeutung.

5. 1958–60: Die DVP und die ökonomische Hauptaufgabe

Ab Ende des Jahres 1957 forcierte die SED-Führung erneut die Kollektivierungspolitik auf dem Lande. Die Polizeiführung suchte nun nach Mitteln und Wegen, die volkspolizeiliche Arbeit mit der Umsetzung des wirtschaftspolitischen Programms der SED zu verschmelzen. Das soll im folgenden an drei Problemfeldern dargestellt werden: Der politischen Mobilisierung der ABV für die sozialistische Umgestaltung, einem erneuten Anlauf zur umfassenden Kriminalisierung des sozialen Widerstandes gegen die Kollektivierung, und neuen Konzeptionen für die Ordnungssicherung im „umgestalteten“, vollgenossenschaftlichen Dorf.

a) Die ABV als „Landwirte hinsichtlich des Umpflügens des Bewußtseins der Menschen auf dem Lande“?

Die Ineffizienz des ABV-Systems veranlaßte die HVDVP im März 1957 zu einem ausführlichen Rundschreiben an die Bezirkschefs, das sich insbesondere mit der hohen personellen Fluktuation unter den ABV auseinandersetzte. Als Ursachen dafür wurden an zweiter und dritter Stelle die immer wieder erforderliche Ablösung von ABV wegen mangelnder Fachkenntnisse sowie die unzulässige Versetzung von in der Bearbeitung der kleinen Kriminalität besonders erfolgreichen ABV zur Kriminalpolizei angeführt. (Es wurden also paradoxerweise sowohl die versetzt, die die steigenden Anforderungen ganz und gar nicht, wie auch jene, die sie besonders gut erfüllten!) Die an erster Stelle angeführte Ursache für die hohe Fluktuation verweist jedoch auf eine systematische Schwachstelle im ABV-System. Nach wie vor lasse die „Erziehung“ der ABV zu wünschen übrig. „Die Dienststellenleiter und leitenden Offiziere übersehen vielfach, daß die ABV [...] allein auf sich selbst gestellt sind, sehr stark mit der Bevölkerung in Berührung kommen und dabei auch verstärkt dem

34 Siehe die Berichte der kriminalpolizeilichen Untersuchungsorgane der HVDVP, in BArch, DO-1, 11, Nr. 803, Bl. 290–351.

35 BDVP Potsdam, Untersuchungsabteilung 5.12.56, Analyse der Verstöße gegen das genossenschaftliche Eigentum, die in den LPGs des Bezirks Potsdam seit Bestehen derselben begangen wurden, BLHA, Rep. 404/15, Nr. 24, Bl. 409–411.

36 Vgl. Quartalsberichte 1956 der Abteilungen K, VE und U des VPKA Potsdam, ebd, Bl. 307–378.

Einfluß bürgerlicher oder feindlicher Ideologien ausgesetzt sind. Eine Anzahl ABV, besonders jene, die noch nicht die notwendige Reife und ideologische Festigkeit besitzen, geraten in Schwankungen oder unterliegen diesen negativen Einflüssen und müssen schließlich entpflichtet oder abgelöst werden.“³⁷ Daß die ABV auf dem Lande ihren politischen Aufgaben nicht gewachsen waren, drang im April 1957 sogar bis in die Sicherheitskommission des Politbüros vor. Nach der Annahme einer Beschlußvorlage der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen „zur Erhöhung der Sicherheit in den Landkreisen“ erhielt der Minister des Innern und Chef der DVP, Genosse Maron, den Auftrag, „zu prüfen, welche Abschnittsbevollmächtigten in den Landkreisen durch stärkere Genossen zu ersetzen sind“.³⁸

Dem in das ABV-System mit seinem Prinzip der „engen Verbindung zur Bevölkerung“ von vorherein ‚eingebauten‘ Problem der ‚zu weit‘ gehenden Verbindungen war mit technischen und organisatorischen „Verbesserungen“ kaum beizukommen. Hier versprachen nur *politische* Maßnahmen, also die dezidiert politische „Erziehung“ der Polizisten, Abhilfe. In einer breitangelegten Kampagne von kreisweise durchzuführenden Konferenzen im März 1958 versuchte nun die Polizeiführung, den ABV den Sinn und die Zukunftsträchtigkeit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft nahezubringen. Die Dorfpolizisten mußten sich zunächst einen auf die regionalen Verhältnisse abgestellten Vortrag ihres Kreisamtsleiters über die Aufgaben der DVP bei der Sicherung und Förderung der „sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft“ anhören. Im Anschluß daran sollten sie ihre eigenen Erfahrungen mit Sicherheitsproblemen auf dem Lande „zum Ausdruck bringen“ und mit ihren Vorgesetzten sowie mit Vertretern der SED, der Stasi, der Staatsanwaltschaft, der MTS und des Rates des Kreises diskutieren. Von diesen ABV-Konferenzen wurden verhältnismäßig ausführliche, die Einzelbeiträge wiedergebende Protokolle angefertigt und bei den Chefs der Bezirksbehörden gesammelt. Auch den Protokollen der Kreise des Bezirks Potsdam³⁹ lassen sich die grundsätzlichen Hindernisse, die dem Einsatz des ABV als Vollstrecker der Kollektivierungspolitik der SED entgegenstanden, entnehmen.⁴⁰

Die Erfahrungsberichte der ABV konzentrierten sich überwiegend auf drei Themenkomplexe: Sie erzählten vor allem über Mißstände in den bereits vorhandenen Einrichtungen der sozialistischen Landwirtschaft. Zum einen schilderten sie mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen in den MTS, zum anderen Beispiele für verlustreiche Wirtschaftsführung, LPG-interne Streitigkeiten und das Fehlverhalten einzelner LPG-Vorsitzender und sich selbst bereichernder VEG-Direktoren. Diese Berichte entsprachen in vielem den unter den Einzelbauern verbreiteten Argumenten gegen LPG. Unverblümt breiteten die ABV die Schwachstellen der sozialistischen Landwirtschaft aus, so wie sie sie mit eigenen Augen tagtäglich beobachteten oder wie sie ihnen ihre Klientel zutrug.

Das politische Seitenstück zum Thema „Mißstände in der sozialistischen Landwirtschaft“, nämlich „Mißstände in der sozialistischen Politik auf dem Lande“, bildete den zweiten Themenkomplex, in dem vor allem von einzelnen Personen die Rede war. In der

37 Chef der Deutschen Volkspolizei, 14.3.1957, an die Chefs der Bezirksbehörden, Anlage zu Befehl 152/52.

38 Protokoll der 16. Sitzung der Sicherheitskommission des ZK der SED v. 15.4.57, Bundesarchiv/Militärarchiv, VA-01, 39558, Bl. 2.

39 Siehe Protokolle der ABV-Konferenzen in den vierzehn Kreisämtern des Bezirks Potsdam, BLHA, Rep. 404/15, Nr. 25, Bl. 104–241.

40 Siehe die ausführliche Analyse mit Einzelnachweisen in Lindenberger, *La police populaire*, S. 143–151.

Kritik an den örtlichen Parteisekretären ging es dabei erster Linie um deren unmoralisches, ja unzivilisiertes Verhalten, vor allem um übermäßigen Alkoholkonsum, der nicht nur die Zusammenarbeit erschwere, sondern auch auf Außenstehende einen schlechten Eindruck mache. Andere hingegen waren wegen ihrer regelmäßigen Westberlinbesuche oder weil sie sich bei Verkehrsübertretungen nicht belehren lassen wollten, bei den ABV schlecht angesehen. Die Kritik am Verhalten einzelner Dorf-Bürgermeister zielte hingegen vor allem auf politische Dimensionen ihres sozialen Umgangs: Ihnen bzw. ihren Familienangehörigen wurde immer wieder der zu vertraute Umgang mit den Großbauern vorgeworfen. Zum dritten kritisierten die ABV ihre Vorgesetzten in den Kreisämtern und beklagten deren schlechte Anleitung und mangelnde Unterstützung.

Vom „Klassengegner“ und dessen „Sabotageakten“ gegen die Kollektivierung war in den Diskussionsbeiträgen der ABV wenig zu hören. In den Ausführungen der vorgesetzten Offiziere hingegen standen derartige politische „Fakten“ meist im Mittelpunkt. Neben konkreten Fragen der Dienstdurchführung und allgemein-politischen Orientierungen behandelten sie zwei eng miteinander zusammenhängende Probleme: Das „Erkennen“ der zu bekämpfenden „Gegner“, und die dazu erforderlichen persönlichen Eigenschaften des ABV.

Das Problem, die Tätigkeit des Klassengegners überhaupt *wahrzunehmen*, stellte sich aus der Perspektive der Offiziere bei der Bearbeitung und richtigen Einordnung von Delikten. Nicht nur „feindliche Hetze“ und Brandstiftungen, sondern auch „Diebstähle, Saufereien usw.“ müßten als „feindliche Tätigkeit“ erkannt werden. Darüber hinaus fehlte den ABV offenbar das Verständnis für die Problematik der *latenten Kriminalität*, also für das Dunkelfeld der gar nicht erst angezeigten Verbrechen. Denn, so ein Oberst aus der Bezirksbehörde, es sei „festzustellen, daß die wenigsten klassenfeindlichen Delikte vom Lande gemeldet werden, obwohl dort der Klassengegner am stärksten in Aktion tritt.“ Die Frage danach, wie sich der Klassengegner bemerkbar macht, obwohl strafbare Handlungen nicht in Erscheinung treten, mündete in der Kritik an der Arbeit der ABV: „Man erhielt von den ABV's Angaben, daß sich in ihren Abschnitten keine Kriminalität befinde. Das ist aber nicht richtig. Hier ist etwas faul und die Genossen verstehen nicht klassenmäßig an diese Dinge heranzugehen. [...] Es ist doch als Arbeiter nicht schwer festzustellen was dient unserer Sache und was dient ihr nicht.“ Und auf einen anwesenden ABV gemünzt, der gemeldet hatte, in seinem Abschnitt sei „nichts los, Ruhe und Frieden“, meinte ein Oberleutnant: „ich denke doch daß der Klassengegner auch dort arbeitet. Es ist ein Ausdruck dafür, daß Genosse T. nicht die richtige Verbindung zur Bevölkerung hat, sonst würde ihm schon was zugetragen worden sein, und dann hätten auch strafbare Handlungen festgestellt werden können.“

Damit wurde die *Persönlichkeit* des ABV, seine individuelle Eignung für den Klassenkampf, zum Gegenstand von Kritik und Selbstkritik.⁴¹ Im Fall des Genossen T. war das entscheidende Manko leicht zu benennen: „Meiner Meinung nach“, so derselbe Oberleutnant, „ist es nicht sein Verdienst, daß die LPG Reckenthin [in T.s Abschnitt – T. L.] so gut da steht. Es kann nicht sein Verdienst sein, da er nicht Mitglied der Partei ist. Er und seine Frau gehen beim Großbauern arbeiten und er selbst geht auch Mittagessen beim Großbauern.“ Doch auch den bereits der SED angehörenden ABV wurde mangelndes politisches Bewußtsein vorgehalten: Sie müßten ideologisch selbständiger arbeiten, regelmäßig die sozialisti-

41 Zur Bedeutung ritualisierter „Aussprachen“ und „Instruktionen“ für die Herrschaftspraxis des Staatssozialismus siehe auch Thomas Lindenberger, *Creating State Socialist Governance: The Case of the Deutsche Volkspolizei*, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), *Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR*, Providence 1999 (i. Dr.).

sche Presse lesen, um „reaktionären Diskussionen“ gewachsen zu sein. Ohne die Zusammenarbeit mit der Ortsparteiorganisation, den fortschrittlichen Werktätigen in Gestalt der Freiwilligen Helfer und der Angehörigen der Kampfgruppen der Arbeiterklasse sei die Fülle der ABV-Aufgaben gar nicht zu lösen. Schließlich, so versuchte ein hoher Offizier aus der Bezirksbehörde zu veranschaulichen, müßten die ABV „Landwirte sein hinsichtlich des Umpflügens des Bewußtseins der Menschen auf dem Lande“. Neben der Parteizugehörigkeit diene auch das Verhältnis zur Kirche als Indikator für ihre politische Zuverlässigkeit: Die Genossen ABV werden nur dann in dieser Hinsicht Klarheit haben, „wenn sie selbst keine Bindungen zur Kirche mehr haben und auch die Frauen und Kinder der ABV von kirchlichen Bindungen frei sind. Hierin zeigen die Gen. ABV keine Konsequenz und bringen nicht den Mut auf sich mit ihren Ehefrauen auseinanderzusetzen.“ Schließlich wurden einzelne ABV wegen ihrer persönlichen Einstellung zum LPG-Eintritt kritisch befragt: Haben sie auf ihre Angehörigen mit Landbesitz zugunsten des Eintritts eingewirkt? Ein ABV, selbst im Besitz einer Neubauernstelle, hatte einen Eintritt gar abgelehnt, solange seine Wirtschaft gesund sei.

Nun handelte es sich bei diesen Konferenzen keineswegs um polizeiinterne Veranstaltungen. Auch „Gäste“, insbesondere Vertreter der SED und der Stasi, diskutierten – wenn auch in weitaus geringerem Umfang als ihre Gastgeber – mit. Naturgemäß konzentrierten sich die Sekretäre der SED-Kreisleitungen auf allgemeine Erläuterungen zur Linie der Partei: Sie hoben die Bedeutung insbesondere des 35. ZK-Plenums und der auf diesem erfolgten Absage an den „Opportunismus“ und „Revisionismus“ hervor, sprachen von der „politischen Erziehung der Menschen“ im Sinne der sozialistischen Perspektive und versuchten dieser die Funktionen der DVP zuzuordnen. Von polizeispezifischen Tätigkeiten war dabei allerdings kaum die Rede. Aus der Sicht der Parteifunktionäre ging es vor allem um die allseitige Teilnahme des ABV an Versammlungen, Sitzungen, Schulungen der Parteigruppen, der MTS oder LPG ..., denn – so der Genosse von der SED-Kreisleitung Potsdam-Land – es muß „sich ein Ring bilden [...] aus ABV, Partei, Konsum, HO, MTS, LPG usw., welcher den Bauern überzeugt, daß sein Platz in der LPG ist.“ Die Vertreter der politischen Machtorgane – ob Partei oder Staatsorgane – kamen kaum auf die repressive Seite polizeilicher Tätigkeit, dafür um so mehr auf die Erziehungs- und Aufklärungsfunktion aller Partei- und Staatsfunktionäre zu sprechen. Allenfalls in gewundenen Formulierungen vom „Prinzip der Freiwilligkeit“ des LPG-Beitritts, das aber nicht bedeute, „den Dingen ihren Selbstlauf zu überlassen“, oder vom Unterschied zwischen „Feindarbeit“ und „falscher Diskussion“ wurde angedeutet, was in der „Erziehungsarbeit“ zu dulden war und was nicht. Genauer erläuterte diese „Hauptaufgabe“ für die Tätigkeit der „ABV und Offiziere“ der 1. Sekretär der Kreisleitung Pritzwalk:

„[...] Überzeugungsarbeit und Wachsamkeit, das ist eine dialektische Einheit, die man nicht voneinander trennen kann. [...] Eins aber muß stehen, Überzeugungsarbeit ist richtig. Über falsche Auffassungen, Unklarheiten, darüber diskutiert man, aber wo feindliche Auffassungen stehen, da diskutieren wir nicht mehr, da schlagen wir zu.“

„Da schlagen wir zu“: wo die eindeutig feindlichen Auffassungen zu orten, wie das Treiben des Gegners zu erkennen war – darüber verbreiteten sich am ausführlichsten die Vertreter des „Schwert und Schild der Partei“, der Stasi. Sie beschworen die Existenz einer vom Westen gesteuerten Untergrundbewegung in der DDR, in der ehemalige Gutsinspektoren, Ex-Nazis und alte Stahlhelmer die Bauern vom LPG-Eintritt abzuhalten versuchten, Arbeitskräfte abwarben, Flugblätter verteilten, „negative“ Nachrichten sammelten, kurzum:

einen westdeutschen Putsch vorbereiteten. Von den die Volkspolizisten umtreibenden Problemen mit kränkelnden LPG, korrupten LPG-Vorsitzenden, dem Alkohol ergebenden Parteisekretären und unbewachten MTS-Stützpunkten war in ihren Beiträgen wenn, dann als „gegnerische Erscheinungen“ die Rede: Auch bei inneren Zwistigkeiten einer LPG, die sehr oft auf persönliche Dinge abgeschoben würden, stünde der Klassengegner im Hintergrund, gerade die Schlampereien in den LPG „leisteten oft Vorschub, daß man nicht richtig an den Täter herankommt“. Um diese Dinge, „die unter der Oberfläche schwimmen, die uns insgesamt nicht bekannt werden“, zu erkennen, gelte es die Parteibeschlüsse „richtig“ zu studieren und auf die Menschen zu achten, woran sich gelegentlich methodische Hinweise über das Aushorchen der Bevölkerung anschlossen.

Die rollenbedingte Vielstimmigkeit der Aussagen von Vertretern verschiedener Institutionen und Hierarchien erzeugte bei diesen ABV-Konferenzen, nicht zuletzt, weil die ABV selbst ausgiebig zu Wort kamen, alles andere als einen harmonischen Wohlklang. Am einen Ende des Spektrums standen die Stasi-Offiziere mit ihren Untergrund- und Umsturz-Szenarios, am anderen die ABV, die eigensinnig auf ihren Schilderungen von grob polizei- und sittenwidrigen Zuständen in der sozialistischen Landwirtschaft und der sozialistischen Politik auf dem Lande beharrten. Ihre Vorgesetzten wiederum propagierten zur Überbrückung dieser disparaten „Tatsachen“ die persönliche Hinwendung zur Partei bzw. die politisch-moralische Läuterung des einzelnen Polizisten. Die Reden der Parteivertreter mit ihrer unspezifischen Betonung des erzieherischen und organisatorischen Auftrags aller Partei- und Staatsfunktionäre überwölbten diese Widersprüche, ohne sie zu lösen, geschweige denn überhaupt anzusprechen. Statt dessen ordneten sie die Tätigkeit der ABV in ihre Strategie einer konzertierten Aktion aller Partei- und Staatsapparate ein. Der damit möglicherweise einhergehende Verlust ihres polizeispezifischen Handlungsprofils interessierte sie nicht; ihnen ging es um den ABV als Agitator, um den „bewußtseinsumpflügenden Landwirt“. Wie der ABV die „enge Verbindung zur Bevölkerung“ mit der Erziehungsarbeit gegen die einzelbäuerlichen Interessen in dieser Bevölkerung in seiner Person und Funktion als Dorfpolizist zusammenbringen sollte, mit diesem Dilemma blieb er zunächst sich selbst überlassen. Seine „Lösung“ mußte naturgemäß von außen, mit dem aufgeherrschten „Sieg“ der sozialistischen Umgestaltung kommen.

b) Keine LPG = latente Kriminalität

Die Wiederaufnahme einer forcierten Politik der „sozialistischen Umgestaltung“ bedeutete nicht nur, daß der „Schutz der sozialistischen Landwirtschaft“ in den periodischen Arbeitsplänen der Volkspolizei nun als „Hauptziel“ gesondert hervorgehoben wurde, während er bis dahin als Unterpunkt der Verbrechensbekämpfung geführt worden war.⁴² Sie wurde darüber hinaus von rechtspolitischen Veränderungen flankiert, die auch für die Arbeit der Volkspolizei von Bedeutung waren. Im Unterschied zu den Brachialmethoden der Jahre 1952/53 wurde vor allem das strafpolitische Instrumentarium verfeinert. Zunächst ist hier das Strafrechtsergänzungsgesetz (StEG) zu nennen, das das Prinzip der Täterdifferenzierung und die Anwendung des materiellen Verbrechensbegriffs förmlich in die StPO einbaute. Zum einen faßte es politische und Wirtschaftsstraftatbestände neu und belegte sie mit höheren Strafen. Zum anderen weitete es die Möglichkeiten, bei geringer Gesellschafts-

42 Vgl. z. B. Arbeitspläne der Abt. S des VPKA Potsdam für 1958, BLHA, Rep. 405/15, Nr. 283.

gefährlichkeit und „positivem“ Verhalten des Täters nach der Tat bedingte Verurteilungen oder öffentlichen Tadel zu verhängen bzw. das Strafverfahren ganz einzustellen, erheblich aus.⁴³

Ein Thesenpapier der HVDVP vom März 1958 verdeutlicht Notwendigkeit wie Möglichkeiten, nicht nur den Bestand der bereits vorhandenen LPG, sondern vor allem auch die Kollektivierung der restlichen Einzelbauern unter besonderen Schutz durch die auf diese Weise ausgedehnte Strafverfolgung zu nehmen. Da sich „mit der Mehrung des gesellschaftlichen Eigentums [...] die Kriminalität zum Nachteil des gesellschaftlichen Eigentums verschiebt“, sollten zukünftig sowohl vor und während der Gründung einer LPG als auch zur intensiveren Verbrechensverhütung und -verfolgung auf dem Lande verstärkt die (geheimpolizeilichen) „Methoden nach Befehl 45 und 49“ eingesetzt werden. Diese Strategie der „Intensivierung der Verbrechensverhütung und -verfolgung“ richtete sich in erster Linie gegen den Bereich außerhalb der LPG, und zwar nach wie vor vor allem gegen Kollusionspraktiken in den Großhandels-Einrichtungen. Zugleich wurde eine „Politik in Strafsachen, die sich gegen die Interessen der LPG richten“, formuliert: „Strafbare Handlungen gegen die Interessen der LPG von aussen, also von Nichtmitgliedern, müssen unnachsichtlich (!) geahndet werden. Werden die Interessen der LPG durch strafbare Handlungen ihrer Mitglieder verletzt, so muß insbesondere bei geringer Gesellschaftsgefährlichkeit (z. B. Futtermitteldiebstahl) geprüft werden, ob man nicht durch erzieherische Maßnahmen der innergenossenschaftlichen Demokratie Abstand von einer Strafverfolgung nehmen kann.“⁴⁴ De facto wurde damit ein noch nicht genossenschaftlich verfaßter Bereich als Dunkelfeld latenter Kriminalität definiert, in dem die verbliebenen Privatbauern, Viehhändler, durch westliche Einflüsse verdorbene Rückkehrer und Agenten aller Art Anschläge gegen den Sozialismus ausführten und deren Tätigkeit zugleich als Ursache für alle Mangelerscheinungen in der Landwirtschaft anzusehen war. Konsequenterweise bildete denn auch die Kriminalpolizei des Bezirks Potsdam im April 1958 dazu einen eigenen Vorgang in ihren Unterlagen, indem sie die Kreisämter unter dem Betreff „Erforschung der latenten Kriminalität“ wie folgt anwies:

„1. Es ist festzustellen in welcher Gemeinde noch keine LPG besteht, obwohl die Möglichkeit eine solche zu bilden bestünde.

2. Aus welchen Ursachen wurden in diesen Gemeinden noch keine LPG gebildet?

3. Wie ist die Meinung und Stimmung der Bauern in diesen Gemeinden?

4. Sind Personen am Werk, welche die Bildung einer LPG durch negative Diskussionen oder andere Handlungen beeinträchtigen oder hintertreiben?

Bei den zu führenden Ermittlungen sollen Informationen bei den ABV, den Räten der Kreise Abt. Landwirtschaft, den Parteisekretären der MTS-Bereiche und den Kreisleitungen der Partei eingeholt werden.“⁴⁵

Der Bericht einer Instruktionsbrigade des VPKA Nauen in einem dieser noch immer LPG-freien Dörfer belegt anschaulich, welchen Schwierigkeiten dieser Ansatz einer extensiven Kriminalisierung begegnete. Außer durch ein VEG mit angeschlossenem Agrarinstitut der Akademie der Wissenschaft war die sozialistische Landwirtschaft im Eintau-

43 Siehe Teile I u. II StEG v. 11.12.57, GBl. I, S. 643–646.

44 HVDVP, U-Organ, 12.3.58, Thesen der Untersuchungsorgane zur Gewährleistung des Schutzes der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, BArch, DO-1, 11, Nr. 803, Bl. 377–379.

45 BDVP Potsdam, Abt. VE, 3.4.58, BLHA, Rep. 404/15, Nr. 25, Bl. 252–252v.

send-Seelendorf Paulinenaue nicht vertreten. Die Jugendarbeit im Dorfe wurde ausschließlich von der Kirche geleistet, wie überhaupt die beiden „fortschrittlichen“ Einrichtungen auf das soziale und kulturelle Leben im Dorf keinerlei Einfluß nahmen. So blieb man unter sich, weshalb es auch keine Konflikte oder gar „kriminellen Schwerpunkte“ zu vermelden gab. Die SED und ihre „Massenorganisationen“ führten ein kümmerliches Dasein, und nur der Bürgermeister engagierte sich für die Durchführung ihrer Politik. Die Landwirtschaftskommission der Gemeindevertretung hingegen hatte es unter Führung des örtlichen VdgB-Vorsitzenden abgelehnt, in den Dorfperspektivplan einen Passus über den Aufbau des Sozialismus in Paulinenaue aufzunehmen. Andererseits konnte die Brigade keine „offene Hetze, Anschmieren von Hakenkreuzen, Hetzlosungen“ feststellen. „Die gegnerische Tätigkeit äußert sich in der Gestalt der organisierten passiven Resistenz gegen den Aufbau des Sozialismus.“ Säuerlich kommentierten die Instrukteure einen in der letzten Gemeindevertretungs-Sitzung vorgelegten Bericht über den Stand der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse: Er „trug mit dem Unterton der Überheblichkeit den Charakter des standhaften Individualismus, weil darin auch betont wurde, dass die Ernte zwar etwas später [als planmäßig – T. L.], aber immerhin ohne die Hilfe der MTS eingebracht werden konnte.“ Unter „Rowdytum“ war Fehlanzeige und unter „Kriminalität“ nur ein Diebstahl zu verzeichnen. Der vier Wochen zuvor eingesetzte ABV sei noch sehr unerfahren, wohne nicht im Abschnitt. Es handele sich aber um einen zuverlässigen, entwicklungsfähigen Genossen: Er müsse unter Anleitung seiner Instrukteure noch lernen, „von den allgemeinen Aufgaben der Volkspolizei zu den Aufgaben im Klassenkampf überzugehen.“ Resigniert schließt der Bericht: „In Paulinenaue ist zur Zeit von der führenden Rolle der Partei und vom aktiven Klassenkampf nicht viel zu spüren. Die gegnerischen Kräfte haben bis heute keine offenen Provokationen betrieben, sondern sich auf die passive Resistenz gegen den Aufbau des Sozialismus in Paulinenaue beschränkt. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie zu anderen Mitteln greifen werden, wenn es mit der Kraft der Partei zur offensiveren Arbeit kommt. Auf solche Klassenauseinandersetzungen muß der ABV vorbereitet werden. [...] Die Konzentration der dem Sozialismus feindlich gesinnten Kräfte in der Gemeindevertretung und den Kommissionen muß mit Hilfe der Partei und der fortschrittlichen Bevölkerung zerschlagen werden.“⁴⁶

Das verschlafene Paulinenaue mag einen Extremfall dargestellt haben. Dennoch erhellt dieser Bericht schlaglichtartig, an welche Grenzen die Beförderung der sozialistischen Umgestaltung mit (kriminal-)polizeilichen Mitteln immer wieder stieß – und mit welchen Mitteln diese durchbrochen werden sollten, nämlich durch die Mobilisierung der Partei. Ein Referatentwurf für eine Tagung der Bezirkschefs der DVP Mitte 1959 stellte fest: „Noch ist vielen Genossen Volkspolizisten in den VPKÄ und auch den ABV nicht genügend klar wie sie die ökonomischen Hauptaufgaben, die uns der V. Parteitag stellte, mit ihrem täglichen Dienst verbinden müssen.“ Mitunter wurde bei den Mitarbeitern der Kriminalpolizei gar „der Optimismus für die Perspektive in der Landwirtschaft“ vermißt. Insgesamt kritisierte der Autor bei allen Volkspolizisten, besonders aber bei den Kriminalisten und den ABV, die mangelnde „Aneignung elementarer Kenntnisse und gesetzlicher Bestimmungen auf dem Gebiet der tierischen und pflanzlichen Produktion.“⁴⁷

46 VPKA Nauen, Einsatzbrigade, 12.9.58, Dorfanalyse der Gemeinde Paulinenaue, BLHA, Rep. 404/15, Nr. 25, Bl. 348–359.

47 [Ms. ohne Titel], BArch, DO-1, 11, Nr. 792, Bl. 43–63.

Offenbar um solche Defizite abzubauen, wurde im April 1959 eine Konferenz der ABV des Landkreises Potsdam eigens in eine LPG verlegt. „Es wurde deshalb Saarmund gewählt, weil hier ein gutes Beispiel zu verzeichnen ist, wie der ABV durch seine Tätigkeit auf die sozialistische Entwicklung auf dem Lande mitwirken kann“, heißt es im Protokoll. Nach den Vorträgen des LPG-Vorsitzenden, des Bürgermeisters, des LPG-Brigadiers und des Parteisekretärs der nächstgelegenen MTS sowie einer Besichtigung der LPG stellten einige der ABV kritische Fragen zu technischen Details, mit denen sie sich durchaus als Kenner der Materie auswiesen. In seinem Schlußwort umriß der Potsdamer Amtsleiter das derzeitige Problem der Polizeiarbeit auf dem Lande: „Wir bewegen uns in unserer Arbeit zum grossen Teil in unserem eigenen Rahmen, weil wir uns polizeilich mit unseren Dingen beschäftigen und somit nicht richtig zu einer planmässigen Arbeit kommen, die sich anpasst an die Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft“. Zugleich berührte er dabei den wunden Punkt dieser Arbeit, nämlich Prävention durch Überzeugung. In bezug auf den soeben besichtigten und ob seiner Baumängel von einigen ABV kritisierten Offenstall führte er aus: „... wenn der Gegner diesen anstecken will, dann wird es ihm auch nicht schwerfallen. Darum müssen wir alle Menschen, ganz gleich ob sie Mitglied der LPG sind oder nicht, so weit überzeugen, dass sie sagen, das ist unser und da lassen wir niemand ran. Damit schaffen wir uns gleichzeitig den Boden, dass alle Bauern schneller bereit sind, in die LPG zu gehen.“⁴⁸

Nimmt man die Überlieferung der Bezirksbehörde bzw. des Kreisamts in Potsdam zum Maßstab, so schlug sich diese Orientierung auf landwirtschaftliche Abläufe und Details in einem wesentlich größeren berichtsmässigen Aufwand zur Erforschung der „latenten Kriminalität“, lies: der Mißstände in der Landwirtschaft nieder. Die sich im Laufe des Jahres republikweit andeutenden Einbrüche in der Planerfüllung, insbesondere in der Viehhaltung, mögen zu diesem neuen Inhalt der polizeilichen Überwachung zusätzlich beigetragen haben. Dramatisiert wurde die Lage durch eine sommerliche Trockenperiode. „Diese Lage erfordert eine wirkliche Wende in unserer Arbeit zu erreichen, aus der bisherigen Isolierung herauszutreten und die gesamte Bevölkerung in die Lösung der volkspolizeilichen Aufgaben der Sicherung der ökonomischen Hauptaufgabe mit einzubeziehen“, begründete der Potsdamer Amtsleiter in einem Befehl im Juni 1959. Jeder ABV mußte ab Juni monatlich nach einem detaillierten Fragenkatalog den Planerfüllungsstand in seinem Abschnitt und die Entwicklung der LPG darstellen sowie die „Lage des Klassenkampfes im Abschnitt“ einschätzen.⁴⁹ Ökonomischer und politischer Berichtsteil standen allerdings meist recht unvermittelt nebeneinander. Obwohl noch jede Menge Einzelbauern in den Abschnitten arbeiteten und von Planerfüllung nicht die Rede sein konnte – „latente Kriminalität“ im Sinne der reinen Lehre also eigentlich vorliegen mußte – meldeten die meisten ABV „keine besonderen Schwerpunkte in Bezug auf die Tätigkeit des Klassengegners“.⁵⁰ Die Sammlung und Auswertung dieser Berichte durch die Leitung des Kreisamts gewährt äußerst umfangreiche und detail-

48 VPKA Potsdam, Abt. S, 23.4.59, Protokoll über die am 22.4.59 in Saarmund durchgeführte Tagung der Land-ABV, BLHA, Rep. 404/15, Nr. 174, Bl. 113–115v.

49 VPKA Potsdam, Befehl 7/59 des Leiters, 29.6.59, Förderung und Sicherung der ökonomischen Hauptaufgabe, BLHA, Rep. 405/15, Nr. 279, Bl. 3–8.

50 VPKA Potsdam, Revier Babelsberg, Abschnitt 17 (Rehbrücke), 13.6.59, BLHA, Re. 404/15, Nr. 26, Bl. 73–73v, siehe auch weitere Berichte aus dem Kreis Potsdam Bl. 65–84.

lierte Einblicke in die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Situation der ländlichen Gemeinden des Kreises,⁵¹ ihr operativer Nutzen war aber eher fraglich.

Die systematische Sammlung allen erreichbaren Wissens über wirtschaftliche Vorgänge wurde dann im Juli durch einen besonderen Maßnahmeplan in der ganzen DVP verbindlich gemacht. Es galt die „Tätigkeit der Deutschen Volkspolizei verstärkt auf den Schutz und die aktive Förderung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft auszurichten“. Außer der Bekräftigung bereits geltender Weisungen wie der Arbeit der ABV „gem. Befehl 45/55“, also mit „Vertrauenspersonen“, zielte dieser Plan vor allem darauf ab, die Volkspolizei endlich zu einem unmittelbaren Akteur der Umgestaltungspolitik weiterzuentwickeln. Jeden Monat sollten die neuesten Daten über Planerfüllung, Erfassungsstand, Viehbestände, Anteil der genossenschaftlich bewirtschafteten LN usw. durch die Leitungen der Bezirksbehörden und Kreisämter ausgewertet werden. Dieser polit-ökonomische Sachverstand war in den „Ring“ der verschiedenen an der Umgestaltung beteiligten Institutionen einzubringen: Vertreter der Volkspolizei sollten durch die Mitarbeit in den „Ständigen Kommissionen für Justiz, Polizei und Inneres“ der Volksvertretungen auch Einfluß auf die „Ständigen Kommissionen für Landwirtschaft“ nehmen, um Sicherheitsbelange durchzusetzen. Außerdem wurden sie verpflichtet, in der Zusammenarbeit mit den anderen staatlichen Institutionen dafür zu sorgen, daß diese „ihrer Verpflichtung zur Unterstützung und Mitarbeit bei der Erhöhung des Schutzes“ der Kollektivierung nachkommen. Um die „stärkere Einbeziehung der Bevölkerung“ zu sichern, sollte auf die Bildung von durch die ABV unterstützten „Kommissionen für Sicherheit“ in den LPG hingewirkt und die „gesellschaftliche Erziehung im Rahmen der Verbrechensbekämpfung“ organisiert werden. Denjenigen Volkspolizisten, die im Jahr zuvor in Volksvertretungen gewählt worden waren, wurde auferlegt, sich dort verstärkt für Sicherheitsbelange in der Landwirtschaft einzusetzen.⁵²

Welche Bedeutung den Erhebungen der Volkspolizisten über wirtschaftliche Zustände, die sie im Rahmen ihrer Erforschung „latenter Kriminalität“ anstellten, beim Prozeß der Kollektivierung in den Jahren 1959 und 1960 zukam, ist schwer zu bestimmen und im Rahmen dieser auf die Volkspolizei beschränkten Untersuchung auch nicht zu klären. Dazu müßten diese Berichte und ihre Verarbeitung mit denen anderer Institutionen (SED, MfS, Staatsapparat) verglichen werden. Die Realisierung der mit dieser Erhebungstätigkeit verbundenen Zielsetzungen, nämlich die gezielte Kriminalisierung gerade der beitriffsunwilligen Einzelbauern anhand von Wirtschaftsdelikten, blieb jedenfalls hinter den Erwartungen der Partei- und Staatsführung zurück. Die mit der umfassenden Informationsgewinnung verbundene Ausrichtung der untersten Ebene des Polizeiapparats, der ABV, auf die Erforschung politökonomischer Tatsachen trug *indirekt*, als jederzeit abrufbares Herrschaftswissen, und vor allem durch die damit verbundene intensive Aufmerksamkeit der ABV selbst für ihren Abschnitt zum Erfolg der „Überzeugungsarbeit“ im Frühjahr 1960 bei. Finden sich für frühere Jahre in den Akten durchaus gelegentliche Hinweise darauf, daß ABV sich auch als

51 Siehe für das VPKA Potsdam BLHA, Rep. 405/15, Nr. 279, Bl. 18–152.

52 Siehe Maßnahmeplan in Auswertung der Beratung der Chefs der Bezirksbehörden Deutsche Volkspolizei am 30. und 31.7.1959 über Fragen der Landwirtschaft, BAArch, DO-1, 11, Nr. 792, Bl. 9–14; vgl. den entsprechenden Maßnahmeplan der BDVP Potsdam vom 12.8.59, BLHA, Rep. 404/15, Nr. 26, Bl. 122–128.

Agitatoren an der Einschüchterung von Einzelbauern beteiligten,⁵³ so wurde während des „sozialistischen Frühlings“ 1960 im Bezirk Potsdam jedenfalls eine andere Strategie bevorzugt: „Die Unterstützung der [von der SED-Kreisleitung in die Dörfer entsandten – T. L.] Brigaden durch die Volkspolizei erfolgte in der Weise, dass die ABV mit Unterstützung beauftragter Offiziere der Kreisämter die Klassensituation in jedem Ort einschätzten und das entsprechende Material der [! lies: den] Brigaden zur Verfügung stellten. Zur Vervollständigung des Materials wurden die Strukturmappen der ABV und alle wichtigen Hinweise aller Abteilungen der Kreisämter ausgenutzt.“ Umgekehrt konnten mit den von den Parteiagitatoren neu gewonnenen Erkenntnissen wiederum die polizeilichen Unterlagen auf den neusten Stand gebracht werden.⁵⁴ Als Experten lokaler Verhältnisse und dies auch nur im Beisein eines Vorgesetzten, nicht aber als Agitatoren, steuerten sie ihren Anteil zur „Überzeugungsarbeit“ an den verbliebenen Einzelbauern bei.

c) Ordnung und Sicherheit im vollgenossenschaftlichen Dorf

Eine weitere für die Tätigkeit der DVP bedeutsame rechtspolitische Veränderung der späten fünfziger Jahre stellte das bereits im Februar 1957 in Kraft getretene „Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht“ dar. Es sah die Stärkung kommunaler Verantwortlichkeiten vor und berührte damit auch Zuständigkeiten zentralgeleiteter Staatsorgane. Unter anderem oblag es nun den Volksvertretungen, „Beschlüsse zu fassen, die für die ihnen unterstellten Organe, Betriebe und Einrichtungen sowie für die Bürger in ihrem Zuständigkeitsbereich verbindlich sind“. Damit wurde nicht nur die vormals polizeiliche Kompetenz, örtlich begrenzte Ordnungen und Satzungen zu erlassen, an politische Organe übertragen. Einschneidender als diese wohl eher in formaler Hinsicht relevante Veränderung war die einen eigenen Paragraphen füllende Verpflichtung der zentralgeleiteten Staatsapparate, insbesondere aller Sicherheits-, Justiz- und Kontrollorgane, „eng mit den örtlichen Volksvertretungen zusammenzuarbeiten und sie als oberste Machtorgane in ihrem Zuständigkeitsbereich zu achten und zu stärken“. Umgekehrt hatten die „örtlichen Volksvertretungen [...] die Pflicht, diese Organe [...] bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen“. Ein Mittel zur Förderung dieser Zusammenarbeit sollten die „ständigen Kommissionen“ der Volksvertretungen sein, die entsprechend den Verwaltungsressorts zu bilden waren, darunter auch solche für „öffentliche Ordnung und Sicherheit“. Diese wiederum waren verpflichtet, „sich ein Aktiv von Bürgern zu schaffen, die befähigt und interessiert sind, die ständige Kommission bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen“.⁵⁵

Es verstand sich von selbst, daß eine solche Ausweitung von Kompetenzen örtlicher Verwaltungsorgane den uneingeschränkten Machtvorbehalt der SED nicht tangierte. Der Sinn dieses Gesetzes bestand nicht darin, Macht von oben nach unten zu verlagern, sondern vor Ort zusätzliche Ressourcen für die Umgestaltungspolitik der SED zu mobilisieren. Alle sollten mit allen aufs engste zusammenarbeiten und damit den bereits angeführten „Ring“

53 Siehe z. B. Protokolle von ABV-Konferenzen im Oktober und November 1958, BLHA, Rep. 404/15, Nr. 172, Bl. 338v, 340; BDVP Potsdam, Abt. S, 5.2.59, Bericht über einen Einsatz im Kreisgebiet Potsdam-Land, BLHA, Rep. 404/15, Nr. 174, Bl. 108.

54 BDVP Potsdam, Stellv. Operativ, 20.3.60, an HVDVP, Stellv. Operativ, Erfahrungen bei der soz. Umgestaltung der Landwirtschaft, BLHA, Rep. 404/15, Nr. 27, Bl. 143.

55 Siehe Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht, GBl. 1957 I, Nr. 8, S. 65ff.

staatlicher, gesellschaftlicher und politischer Instanzen bilden, um den Klassenfeind einzukreisen und ihm die endgültige Niederlage beizubringen.

Parallel zur ‚Ökonomisierung‘ der Überwachungstätigkeit entwickelte sich auf dieser Grundlage ein weiterer, bereits in den Ausführungen über den Maßnahmeplan der HVDVP vom Juli 1959 beschriebener Bereich der volkspolizeilichen Mitwirkung an der sozialistischen Umgestaltung. In einer Direktive des Innenministers zur „Verwirklichung der Beschlüsse des V. Parteitags“ war das Ziel formuliert worden, „auf dem Gebiet der öffentlichen Ordnung und Sicherheit mustergültige *sozialistische* Verhältnisse zu schaffen“ [meine Hervorh. – T. L.]. Der Kampf gegen „Erscheinungen“ der Kriminalität, Republikflucht, Rowdytum, steigenden Verkehrsunfallziffern etc. sollte nicht mehr auf die Organe der Volkspolizei beschränkt bleiben, sondern war „zur Angelegenheit der gesamten Bevölkerung zu machen, die in 1. Linie an einer mustergültigen Ordnung interessiert ist.“ Zugleich wies die Direktive auf das zur Realisierung dieses ehrgeizigen Ziels prädestinierte Versuchsfeld hin: „Die durch die Bildung zahlreicher sozialistischer Dörfer entstandenen neuen Probleme der Sicherung und des Schutzes sind zu überprüfen und geeignete Maßnahmen festzulegen.“⁵⁶ Die Verantwortung für die öffentliche Ordnung und Sicherheit sollte also über die Volkspolizei hinaus auf die örtlichen Machtorgane ausgedehnt und dabei zugleich breitere Schichten der Bevölkerung eingebunden werden. Eine solche Vision öffentlicher Ordnungssicherung setzte mehr oder weniger widerspruchsfreie, „harmonische“ Sozialbeziehungen voraus. Auf dem Lande konzentrierte sich ihre Umsetzung daher auf den neuen, zukunftsträchtigen Typus des Gemeinschaftsverbandes, auf das „vollgenossenschaftliche“ bzw. – wenn der Handel mittlerweile ebenfalls zum sozialistischen Sektor gehörte – „sozialistische Dorf“,⁵⁷ wobei den untergeordneten Dienststellen zunächst keine genaueren Vorschriften bezüglich der Realisierung dieses Ziels gemacht wurde.

Unter den „Hauptaufgaben des ABV im vollgenossenschaftlichen Dorf“ hob ein Referat für zwei ABV-Konferenzen im Bezirk Potsdam im Oktober 1958 unter anderem „die Propagierung und Organisierung der Wachsamkeit als Hauptmethode der vorbeugenden Arbeit“ hervor, ferner die „Erziehung der Menschen“, wobei bei „geringfügigen Verstößen mehr die gesellschaftliche Erziehung anstelle von Strafmaßnahmen“ anzuwenden sei, eine genaue Überwachung der sozialen Beziehungen der LPG-Mitglieder zu bürgerlichen Gruppierungen (Zuchtvereine, Kirchen u. dgl.) sowie allgemein „große Aufmerksamkeit“ für die wirtschaftliche Entwicklung der LPG. „Mehr als in der Vergangenheit muß der ABV des vollgen. Dorfes Helfer und Erzieher der Bürger seines Abschnittes sein.“⁵⁸ Das „vollgenossenschaftliche“ bzw. „sozialistische“ Dorf stellte also bereits vor Abschluß der Kollektivierung eine Art „befreites Gebiet“ dar, in dem ein neuer Typus „sozialistischer“ Polizeipraxis entwickelt werden sollte. Die vollständige Kollektivierung eines Dorfes – so die zuversichtliche Annahme – führte unter sicherheitspolitischem Gesichtspunkt einen qualitativen Umschlagpunkt herbei: „Durch die gemeinsame gesellschaftliche Produktion vollzieht sich eine laufende Veränderung des Bewußtseins der Bevölkerung“, und dementsprechend sei es möglich, daß die Werktätigen „immer mehr an der bewußten Lenkung der gesellschaftlichen Entwicklung“ teilnehmen, erläuterten entsprechende Arbeitshinweise der BDVP Potsdam im Mai 1959. Daher sollten die ABV zusammen mit den „Kommissionen

56 Direktive des Mdi Nr. 3/58 v. 1.9.58.

57 Siehe [o. A.], Was ist ein vollgenossenschaftliches Dorf?, in: Die Volkspolizei 12 (1959), Nr. 7, S. 12.

58 [BDVP Potsdam, Abt. S], 29.10.58, Beratung mit den ABV in deren Abschnitten vollgenossenschaftliche Dörfer sind [Disposition], BLHA, Rep. 404/15, Nr. 172, Bl. 332–335.

für Inneres und Finanzen“ der Gemeindevertretungen ein Verkehrssicherheitsaktiv und ein Aktiv zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit in der Gemeinde bilden, denen außer Mitgliedern der Gemeindevertretungen die Berufsgruppenvertreter der entsprechenden Einrichtungen im Dorf (z. B. die Kraftfahrer bzw. leitende Funktionäre der LPG und VEG), Vertreter der Ortsparteileitung und der FDJ, der freiwilligen Helfer und Freiwilligen Feuerwehr etc. angehören sollten. Der ABV sollte diese Gremien als Forum für seine aufklärende Vorbeugungsarbeit nutzen, gehörte ihnen aber im formalen Sinne nicht an und war ihnen gegenüber auch nicht weisungsberechtigt. Natürlich verfügte er aber durch die ihm befehlsmäßig unterstellten freiwilligen Helfer über den entscheidenden Einfluß in den Sicherheitsaktivs.⁵⁹

Die Arbeit dieser Aktivs wurde nun neben der selbständigen Bearbeitung von Ermittlungsverfahren zu einem Gradmesser für die Qualität der ABV-Arbeit. So konnte die Abt. S des VPKA Potsdam Ende 1959 einerseits auf einen zum Ende des Jahres auf 56 Prozent angestiegenen Anteil an allen Ermittlungsverfahren verweisen, die von ABV bearbeitet wurden. Die Bildung von Sicherheitsaktivs war hingegen noch nicht in allen Gemeinden abgeschlossen. Über die bereits bestehenden wurden gegensätzliche Beispiele vermeldet: Während in der einen Gemeinde regelmäßig unter Beteiligung des ABV getagt, geplant und beschlossen wurde, stagnierte das Sicherheitsaktiv andernorts, weil der ABV seine Arbeit „unterschätzte“ oder weil es nur „auf dem Papier“ existierte. „Auch hier hat sich gezeigt, dass überall dort, wo der ABV die Rolle eines Aktivs richtig einschätzt, die Arbeit gut voran geht“ – als Belege für diese Feststellung wurden von Aktivs organisierte Vorträge, Film- und Lichtbildvorführungen zur Verkehrssicherheit, die Leitung des Aktivs durch einen freiwilligen Helfer, die Mitarbeit von Gemeindevertretern, die Organisation einer Brandschutzwoche angeführt. Entscheidend war also die – letztlich parteipolitische – Mobilisierung Dritter für das Engagement in Sicherheitsfragen, nicht daß der ABV selbst all diese Dinge in die Hand nahm. In diesem Sinne sollte die „Einbeziehung [der freiwilligen Helfer] in die volkspolizeiliche Arbeit [...] auf alle Gebiete des volkspolizeilichen Lebens“ ausgedehnt werden. Sie sollten dem ABV nicht mehr nur als Informationszuträger dienen und ihn bei der Streifenfötigkeit unterstützen, sondern sich auch an der Überwachungstätigkeit von straffälligen Personen beteiligen, in die Ermittlungstätigkeit des ABV bis hin zur Anfertigung des Ermittlungsberichts einbezogen werden und sich verstärkt an der Verkehrserziehung und Aufklärung der Bevölkerung beteiligen. „Jedem Helfer einen konkreten Auftrag“, lautete die Losung.⁶⁰

6. Das „Neue“ in der Arbeit der Volkspolizei

Nach dem „sozialistischen Frühling“ im März 1960 gewann die möglichst enge Verknüpfung von wirtschafts- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen auf der untersten Ebene zusätzlich an Bedeutung, galt es doch, nun den unerwartet raschen Abschluß der Kollektivierung zu stabilisieren. Daraus folgte ein sich bis zum nächsten Jahr hinziehender Kampf

59 Vorläufigen Arbeitshinweise für die Tätigkeit der ABV in vollgenossenschaftlich organisierten Dörfern, BLHA, Rep. 404/15, Nr. 26, Bl. 59–63.

60 VPKA Potsdam, Abt. S., 3.12.59, Materialien der Abteilung Schutzpolizei für den Jahresbericht der Amtsleitung, BLHA, Rep. 405/15, Nr. 284, Bl. 209–210.

um die „Festigung“ der Genossenschaften. Der gerade von den erst im März 1960 beigetretenen Bauern bevorzugte Typ I, bei dem die kapital- und arbeitsintensive Viehwirtschaft weiterhin privat blieb, forderte einen nur formalen Vollzug der Genossenschaft regelrecht heraus.⁶¹ Viele Bauern versuchten den faktischen Beginn des gemeinsamen Wirtschaftens und die damit verbundene Zusammenlegung der Flächen hinauszuzögern, möglichst bis zur Herbstbestellung oder zum Beginn des nächsten Jahres. Der Operativstab der BDVP Potsdam berichtete Woche für Woche über Diskussionen unter Bauern, die die Freiwilligkeit des Beitritts abstritten und den wirtschaftlichen Sinn der Kollektivierung anzweifelten. Ab Juni kamen nach einem ersten Höhepunkt an Republikfluchten von Bauern Meldungen über „Austritts-“ und „Auflösungstendenzen“ hinzu.⁶²

In den Augen der Polizeiführung waren Republikfluchten, Verzögerung der Aufnahme genossenschaftlicher Arbeit und Austrittserklärungen die „Schwerpunkte“, auf die der „Klassengegner“ nun seine „Methoden und Argumente“ konzentrierte.⁶³ Die HVDVP warnte in einem „Arbeitshinweis“ im April 1960 davor, aus der von Ulbricht auf dem 8. ZK-Plenum getroffenen Feststellung, daß es in der DDR keine feindlichen Klassen mehr gäbe, „solche Schlußfolgerungen zu ziehen, als habe damit der Klassenkampf auf dem Lande aufgehört.“ Im Gegenteil – ein Teil der früheren LPG-Gegner sei „in die LPG eingetreten, um von innen heraus ihre Schädlingstätigkeit fortzusetzen.“ Bei „sorgfältiger Analyse im Dorf“ sei es allerdings möglich, „die wenigen gegnerischen Kräfte im Dorf richtig zu erkennen“. Die aus dieser Situationsbeschreibung abgeleitete Aufgabenstellung der DVP ist charakteristisch für das dynamische, „positive“ Polizeiverständnis der SED-Führung. Am Anfang stand weiterhin die „Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit“ unter den VP-Angehörigen selbst: In ihren Köpfen mußte restlose Klarheit über alle Aspekte der Agrarpolitik der SED geschaffen werden. An zweiter Stelle rangierte die „Einschätzung der Klassenkampfsituation“ im Dorf mit Hilfe eines „gutfunktionierende[n] System[s] der Informationsquellen“, wozu nicht nur der Einsatz von Spitzeln, sondern vor allem auch die Einbeziehung der „mit Sicherheitsfragen beauftragten Personen“, also freiwillige Helfer, Freiwillige Feuerwehr und andere, beitragen sollte. Politische Mobilisierung des Apparats und eine breit verankerte Überwachungspraxis ermöglichten die von der SED angestrebte Strategie einer selektiven Strafverfolgung auf dem Lande. Sie war vordergründig auf die durch die „zügellose Hetz- und Lügenkampagne“ des Gegners angestifteten politischen Delikte wie „Diversion“ und „Sabotage“ ausgerichtet. Zugleich hob die Polizeiführung hervor, daß jede Maßnahme der Verbrechensbekämpfung „konsequent vom Klassenstandpunkt aus zu beurteilen“ sei und der „sozialistischen Entwicklung“ nützen müsse; es sei „zu beachten, daß nicht jede unbedachte Meinungsäußerung, die aus augenblicklicher persönlicher Verärgerung gegeben wird, eine bewußte, feindliche Handlung darstellt.“ Auch bei den Eigentumsdelikten galt es zu differenzieren und insbesondere die „gesellschaftliche Erziehung durch das Kollektiv der LPG-Mitglieder durchzuführen“. Ausdrücklich wurde auf die Möglichkeit der politisch begründeten Einstellung von Strafverfahren hingewiesen: „Der materielle Verbrechensbegriff ist großzügig anzuwenden.“

61 Vgl. den Beitrag von Dagmar Langenhan.

62 Siehe Berichte des Operativstabs der BDVP Potsdam über die polizeiliche Lage bei der Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam v. 17.3.–4.10.60, BLHA, Rep. 404/15, Nr. 27, Bl. 260–373.

63 HVDVP, Operativstab, 30.3.60, Information über die Lage bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, BArch, DO-1, 11, Nr. 27, Bl. 77–78v.

Eine zweite Gruppe von praktischen Maßnahmen diente der Unterstützung der LPG durch die selektive Gewährung polizeilicher Erlaubnisse und Bescheinigungen: Das Paß- und Meldewesen sollte durch besondere Sorgfalt bei der Ausstellung von Reiseerlaubnissen nach Westdeutschland der Republikflucht vorbeugen, die Verkehrspolizei die Ausbildung und Examinierung von LPG-Traktoristen sowie den Einsatz von Traktoren in den LPG durch deren unbürokratische Wiederezulassung beschleunigen. Für den Brandschutz wie die allgemeine Sicherung des LPG-Eigentums seien die „örtlichen Volksvertretungen mit ihren Kommissionen für Sicherheit und Ordnung und ihren Aktivs“ von „entscheidender Bedeutung“, vor allem wenn der ABV als gewählter Gemeindevertreter in der ständigen Kommission für Ordnung und Sicherheit mitarbeite. Zugleich sollte im Rahmen der Bestenbewegung in der DVP der Ehrentitel „Bester Land-ABV“ vor allem von den in diesem Aufgabenbereich erbrachten Leistungen abhängig gemacht werden.⁶⁴

Eine „gemeinsame Direktive“ des MdI, des Justizministeriums, des Staatssekretärs für die Anleitung der örtlichen Räte und des Generalstaatsanwaltes „zur verstärkten Einbeziehung der Werk tätigen und zur komplexen Zusammenarbeit der örtlichen Organe beim Kampf um die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit als Bestandteil der Durchführung des Gesetzes über den Siebenjahrplan“ verlieh dem Prinzip der Verschmelzung von sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten die höheren staatspolitischen Weihen. Im Zeichen der seit zwei Jahren schwelenden Berlinkrise formuliert, beschwor diese auch für die DVP verbindliche Weisung die Notwendigkeit einer umfassenden Verteidigungsbereitschaft gegen die Anschläge des Klassegegners. Mit herkömmlichen Methoden und Zuständigkeiten ließen sich Ordnung und Sicherheit nicht mehr gewährleisten. Die Autoren setzten vielmehr auf die „wachsende[.] Initiative der Werk tätigen, die Errungenschaften der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu schützen.“ „Das Neue“ bestehe vor allem darin, daß „die sozialistischen Brigaden der Industrie und Landwirtschaft“ dazu eine „vielseitige Initiative“ entwickeln würden, und das gelte es durch die Zusammenarbeit in den örtlichen Staatsorganen „als dem umfassenden Organisator des Neuen“ zu unterstützen. Während die Räte „Fragen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit stets als Bestandteil ihrer Tätigkeit“ anzusehen hatten, sollten in den Arbeitsplänen der DVP-Dienststellen „die durch die Beschlüsse der Volksvertretungen festgelegten Schwerpunkte der volkswirtschaftlichen Aufgaben untrennbarer Bestandteil“ ihrer Arbeit werden.⁶⁵ Auf diese Weise versuchte die SED-Führung, den aktivistischen Elan eines Teils der Brigadebewegung in der DDR-Industrie⁶⁶ auf die staatliche Exekutive zu übertragen und damit für die innenpolitische Stabilisierung zu nutzen.

„Sicherheit und Ordnung ebenso wie den Plan zur Sache aller Werk tätigen zu machen“ – so brachte der Autor einer Rededisposition im VPKA Potsdam im Sommer 1960 die Qualität des „Neuen“ auf den Punkt. Er versäumte auch nicht, die utopischen Konsequenzen dieses Ansatzes anzudeuten: „Die Bildung der Kommission für Sicherheit und Ordnung stellt einen wesentlichen Schritt zur Entwicklung der örtlichen Organe zu den umfassenden Massenorganisationen der Werk tätigen dar.“ Nur „mit Hilfe der Werk tätigen“ sei die „organisierte und planmäßige Verhütung von Gesetzesverletzungen“ bzw. die Aufdeckung ihrer Ursachen gewährleistet. Es genüge nicht mehr, die Senkung von Jugendkriminalität oder

64 HVDVP, 6.4.60, Arbeitshinweise zu den Aufgaben der Volkspolizei in den vollgenossenschaftlichen Dörfern auf der Grundlage der Direktive des Ministers des Innern Nr. 4/60, ebd., Bl. 79–94.

65 Gemeinsame Direktive [...] v. 17.5.60.

66 Vgl. den Beitrag von Thomas Reichel.

Bränden zu fordern, „es kommt jetzt darauf an, alle Verbrechen und Verstöße gegen unsere Gesetze im Zuge der Vollendung des Aufbaus des Sozialismus zu beseitigen.“⁶⁷

Unterlagen der Hauptabteilung Schutzpolizei in der HVDVP zufolge stand gerade diese gerne als „komplex“ bezeichnete Strategie der Ordnungssicherung und Verbrechensbekämpfung zunächst weitgehend auf dem Papier.⁶⁸ Die Implementierung dieses sicherheitspolitischen Gesamtkunstwerkes nahm erst Gestalt an, nachdem die DDR-Gesellschaft mit Hilfe des Mauerbaus gewaltsam „fixiert“ worden war. Durch den dramatischen Rückgang der Agrarproduktion und den damit verbundenen Versorgungsschwierigkeiten in Stadt und Land⁶⁹ kam der Rückkehr zu „geordneten“ Verhältnissen auf dem Lande gerade in einem Bezirk wie Potsdam, der in besonderem Maße der Sogwirkung der offenen Grenze nach Westberlin ausgesetzt gewesen war, höchste Priorität zu. Im November 1961 richtete der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung einen Brief an alle ABV und Volkspolizisten auf dem Lande, um sie im Kampf gegen die rückläufige Fleisch- und Milchproduktion zum verstärkten Einsatz in den LPG aufzurufen. Das Kunststück des ABV sollte darin bestehen, die örtlichen Volksvertretungen und LPG-Vorstände zu unterstützen, jedoch ohne ihnen ihre Verantwortung für Ordnung und Sicherheit abzunehmen. Zugleich mußte er aber die Verbrechensbekämpfung und die Aufklärung der Feindarbeit in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellen – und dies richtete sich im vollgenossenschaftlichen Dorf logischerweise immer wieder auch gegen einzelne LPG-Bauern, -Arbeiter oder -Funktionäre. Das VP-Helfer-Kollektiv als ein exklusiver, besonders zuverlässiger Ausschnitt der Dorfbevölkerung bildete dabei die soziale Basis für die operativ-polizeiliche Überwachungsarbeit des ABV, die Gremien der Gemeindevertretung und der LPG dienten parallel dazu der Mobilisierung aller Dorfbewohner für Ordnung und Sicherheit.⁷⁰

Im Sommer und Herbst 1961 ging es während der als existentielle Bedrohung der DDR wahrgenommenen Berlinkrise mit der Ordnung auf dem Land tatsächlich um politische Macht. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand zum Mauerbau erübrigte sich der explizite Bezug auf den „Klassengegner“. Im Sommer 1963 schuf die Polizeiführung auf zentraler Ebene durch Berichte in der *Volkspolizei* das ‚Beispiel‘ des Land-ABV Obst [sic!], um zu zeigen, wie Sicherheit und Ökonomie fernab von Machtfragen zur Deckung gebracht werden konnten. Eine Direktive des MdI wies alle ABV an, dem Vorbild dieses VP-Meisters aus der Gemeinde Nienstedt im Kreis Sangerhausen (Bezirk Halle) nachzueifern: Obst hatte nach „vielen Überlegungen sowie in Beratungen mit dem Bürgermeister, der Parteileitung, dem LPG-Vorstand, den Ständigen Kommissionen für innere Angelegenheiten, öffentliche Ordnung und Sicherheit bzw. für Landwirtschaft, den freiwilligen Helfern der Volkspolizei und den Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr [...] ein ganzes System zur zuverlässigen Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit in der LPG ausgearbeitet und durch die Vollversammlung“ der LPG beschließen lassen. Das Kernstück der „Arbeits-

67 [VPKA Potsdam, Abt. S, Sommer 1960], Ausführungen über die Arbeit der Aktivs für Sicherheit und Ordnung, BLHA, Rep. 405/15, Nr. 284, Bl. 224–231.

68 HA S, 16.1.61, Probleme der Zusammenarbeit ABV und Volksvertretungen, BArch, DO–1, 10.0, Nr. 146/1, Bl. 27–31v.

69 Vgl. den Beitrag von Patrice G. Poutrus.

70 Vgl. Bezirksleitung der SED, 17.11.61, An alle ABV und Angehörigen der Deutschen Volkspolizei auf dem Lande, BLHA, Rep. 404/15.1, Nr. 295, Bl. 129–131v; BDVP Pdm, S, 19.2.62, Einschätzung der Arbeit der Land-ABV auf dem Gebiet der Ordnung und Sicherheit in den LPG, auf der Grundlage des Briefes des 1. Sekretärs der Bezirksleitung, Genosse Kurt Seibt, BArch, DO–1, 10.0, 146/1, Bl. 104–108.

methode“ des ABV Obst bestand in der gezielten Einbindung einzelner LPG-Mitglieder, die in ihrem Arbeits- und Wohnbereich im umfassenden Sinne auf Ordnung und Sicherheit achten und auf ihre Kollegen und Nachbarn entsprechend einwirken sollten. Sie wurden eigens in einer „Selbstschutzgruppe“ der LPG zusammengefaßt. In den fünfziger Jahre waren derartige Gruppen als eine Art Sonderkategorie der freiwilligen Helfer in allen sozialistischen Agrarbetrieben – also auch MTS und VEG – geführt oder aber vorübergehend zum Schutz der Ernte gebildet worden. Folgt man der Darstellung von zwei mit der Steuerung des ABV-Systems in diesen Jahren befaßten Offizieren der Hauptverwaltung, so griff der ABV Obst auf diese Selbstschutzgruppen der Form nach zurück, gab ihrer Tätigkeit aber einen „neuen Inhalt“. Sie schützten nun nicht mehr vor Anschlägen des Klassengegners, sondern vor den Folgen des verantwortungslosen Umgangs mit LPG-Eigentum: Schlamperei, fehlender Seuchenschutz, mangelnde Bewachung und Diebstahlsicherung, aber auch Veruntreuung und Beseiteschaffung. Es galt die „Verbindung von Planerfüllung und Sicherheit“ enger zu knüpfen, denn die „Sicherheit ist letzten Endes ein Bestandteil der Produktion“.⁷¹

Von „Feinden“ und „gegnerischer Wühlarbeit“ war in diesem Zusammenhang nicht mehr die Rede, obwohl die Gleichgültigkeit der LPG-Mitglieder gegenüber dem Genossenschaftseigentum und damit der Zwang, in dieser Weise für dessen Sicherheit zu sorgen, in deren Gegnerschaft zur genossenschaftlichen Produktionsweise ihren Ursprung hatte. Für individuell wirtschaftende Bauern war der sorgsame Umgang mit dem eigenen Betriebskapital eine bare Selbstverständlichkeit gewesen, der keiner „komplex“ ausgetüftelten Pläne bedurft hatte. Diese Verhaltensstandards galt es nun auf kollektiver Grundlage wiederherzustellen, und zwar im strikt ökonomischen Sinne. Sicherheit als ökonomischen Faktor und nicht mehr als Machtfaktor im politischen Sinne zu propagieren trug daher zur vordergründigen Entpolitisierung von „Ordnung und Sicherheit“ bei, zielte sie doch vor allem auf die materiellen Interessen der LPG-Bauern. Diesen war ihrerseits daran gelegen, angesichts der vorläufigen Endgültigkeit der Kollektivierung das Beste aus der Situation zu machen. Das Feld für kleinteilige, lokale Bündnisse und Absprachen zwischen Bauern, Partei- und Staatsvertretern war damit bestellt; je nach Persönlichkeit und örtlichen Verhältnissen konnte der ABV zu einer der zentralen Figuren dieser dörflichen Arrangements avancieren. Einer von ihnen, dem dieses in hervorragender Weise gelungen zu sein scheint, soll nun ausführlich zu Wort kommen.

71 Direktive Nr. 8/63 MdI v. 18.9.63, Verbesserung der Arbeitsweise der Volkspolizei zur Erhöhung der Sicherheit und Ordnung in der Landwirtschaft; Artikelserie in Die Volkspolizei 16 (1963), Nr. 17–20; Horst Abramowitsch/Alfons Petzold, Die Rolle und die Aufgaben der Abschnittsbevollmächtigten der Deutschen Volkspolizei zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, insbesondere bei der schrittweisen Überwindung der Kriminalität in der Deutschen Demokratischen Republik, jur. Diss. Humboldt-Universität zu Berlin 1966, S. 226–236.

7. Zwischen Parteidisziplin und „Volkserlebnis“: Eine ABV-Lebensgeschichte⁷²

Walter Rogge (Pseudonym) war 35 Jahre lang, von Anfang 1954 bis Ende 1988, ABV in einem Dorf im Landkreis Potsdam – gewiß ein rekordverdächtiger Ausnahmefall. Dennoch lohnt es sich, seine Lebensgeschichte genauer zu betrachten, um die *mögliche* Verknüpfung von institutioneller Herrschaftsfunktion und biographischem Eigen-Sinn in der DDR zu konkretisieren.

Der Abschnitt Walter Rogges lag nahe bei Potsdam und bestand zunächst aus drei kleinen, weitgehend von bäuerlicher Landwirtschaft und Obstbau geprägten Dörfern. 1966, als in der ganzen DDR die Anzahl der ABV reduziert wurde, kam der Nachbarabschnitt mit drei weiteren Dörfern hinzu. Die Auswirkungen der Bodenreform waren in dieser Gegend verhältnismäßig gering gewesen; traditionell dominierten einige alteingesessene Großbauern neben vielen kleinen Obst- und Gemüsebauern und wenigen Neubauern. Dementsprechend bestanden in dieser Region ab 1953 zwei nach der Vertreibung von Großbauern auf Initiative der SED von Landarbeitern gebildete LPG Typ III neben den individuellen Wirtschaften der alteingesessenen Klein- und Mittelbauern. Diese schlossen sich in der für den „sozialistischen Frühling“ charakteristischen Weise erst im letzten Moment, im März 1960, zu winzigen LPG Typ I bzw. GPG zusammen. Erst ab 1965 begann vom Nachbarabschnitt ausgehend der Konzentrationsprozeß unter dem Dach der dortigen Groß-LPG. Ab 1974 erfolgte dann deren Integration in eine der Zwischenbetrieblichen Einrichtungen (ZBE) Obstproduktion des „Havelländischen Obstbaugebietes“, die mit der flächendeckenden Umstellung auf Obstplantagen im „industriellen“ Maßstab verbunden war.⁷³

Walter Rogge wurde 1927 in einem Dorf im Kreis Lauenburg, Provinz Hinterpommern, in eine große Familie hineingeboren, gehört also zu den Jahrgängen der „HJ-Generation“, die als die aktivistische Aufbaugeneration der frühen DDR gilt.⁷⁴ Er war ein „Nachzügler“: Vater und Mutter, beide verwitwet, hatten im Alter von 57 bzw. 37 Jahren zum zweiten Mal geheiratet. Zu seiner Familie gehörten daher etliche wesentlich ältere Halbgeschwister: vier väterlicher- und eines mütterlicherseits. Der Vater hatte einen Hof von 10 ha (was Herrn Rogge später den nicht mehr zu tilgenden Herkunftsmakel „Großbauer“ eintrug). Herr Rogge eröffnet seine Lebensgeschichte mit der Erläuterung dieser Verwandtschaftskonstellation, wobei er auch die vier Geschwister seines Vaters einbezieht: Zwei Tanten waren nach Berlin bei Juden in Stellung gegangen und hatten nach dem Ableben der Dienst-

72 Das zweieinhalbstündige lebensgeschichtlich-narrative Interview mit Herrn Rogge wurde am 5.12.1996 im Beisein seiner Ehefrau in seiner Privatwohnung geführt. Die Namen der Interviewpartner sowie der im Interview genannten Gemeinden werden in diesem Abschnitt aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht belegt bzw. durch Pseudonyme ersetzt. – Zur eingesetzten Methode der Interviewführung und -auswertung siehe Gabriele Rosenthal, *Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibung*, Frankfurt a. M. u. a. 1995.

73 Vgl. Hans Schmidt, *Der Obstbau in der Deutschen Demokratischen Republik – eine ökonomisch-geographische Studie unter besonderer Berücksichtigung des Havelländischen Obstbaugebietes*, Diss. (A) Päd. Hochschule Potsdam 1971.

74 Dorothee Wierling, *The Hitler Youth Generation in the GDR: Insecurities, Ambitions and Dilemmas*, in: Jaraus (Hg.), *Dictatorship*.

herrinnen ihren jeweiligen Dienstherrn geheiratet. Die Kinder eines dieser Dienstherrn wurden von den Nazis vergast. Eine seiner Schwestern war in Polen verheiratet.

Auch das einschneidendste Erlebnis der Kindheitsjahre dreht sich um eines der deutlich älteren Familienmitglieder, den Halbbruder Dietrich: Dieser wurde 1936 wegen Militärsplionage für Polen in Plötzensee hingerichtet; der Vater verkaufte im Jahr danach wegen Anfeindungen im Dorf den Hof, und die Familie zog an einen Kurort an der Ostsee. Nach einer Lehre als Bäcker wurde Walter 1944 zum Arbeitsdienst und im Juni desselben Jahres zur Wehrmacht eingezogen. Während seines Einsatzes an der Ostfront starb der Vater; die Mutter war bereits 1942 verstorben. Im Januar 1945 wurde er noch siebzehnjährig in Polen gefangenengenommen und kehrte erst im Dezember 1949 zurück. Im Durchgangslager Gronenfelde bei Frankfurt/Oder ließ er sich sofort von der Deutschen Volkspolizei anwerben.

Bereits als ich telefonisch mit Herrn Rogge Kontakt aufnahm, erzählte er mir von seinem in Plötzensee hingerichteten Bruder. Gleich zu Beginn des Interviews kommt er im Rahmen seiner Familiengeschichte auf diesen Bruder zu sprechen. Am Ende des selbstgestalteten Teils des Interviews zeigt er mir verschiedene Dokumente, darunter einen Brief des Bruders aus dem Gefängnis, aber auch mehrere aus dem Archiv bereits zu DDR-Zeiten besorgte Kopien von Untergrundflugblättern der Roten Hilfe, in denen der Bruder als eines von etlichen anderen Terroropfern der Nazis namentlich aufgeführt wird.

Die Intensität, mit der er die Geschichte seines Bruders ausbreitet, verdankt sich dem Verlangen, den Zustand der *prekären Zugehörigkeit*, der sich durch sein ganzes Leben zieht, zu thematisieren und als sinngebende Rahmung seiner Lebensgeschichte glaubhaft zu machen. Das familiengeschichtliche Kapital, das er dafür einsetzt, ermöglicht ihm zugleich einen Platz im Prestige-Gefüge des offiziellen Antifaschismus. Daß es nur ein bescheidener Platz ist – denn ein hingerichteter Landesverräter und die „Nur-Opfer“ des Genozids rangierten dort bekanntlich nicht sehr hoch – hält zugleich den Spielraum für innere Distanzen und Konflikte mit der politisch-moralischen Ordnung offen. Gerade die Bemühungen um Verbindungen zu seiner Vergangenheit, konkret: zu in Polen und in Westberlin lebenden Verwandten, tragen ihm die härtesten Konflikte mit seinen Vorgesetzten und den „Kollegen“ vom MfS ein. Natürlich ist ein weiteres Motiv für diesen sinnstiftenden Rahmen auch in einer Interviewsituation zu sehen, die sich dem Scheitern der SED-Diktatur verdankt. Das lebensgeschichtliche Motiv der prekären Zugehörigkeit läßt sich so in der Rückschau im Einklang mit den neuen herrschenden Anschauungen mit einer partiellen Opferrolle verbinden, ohne ganz auf den eigenen aktiven Part verzichten zu müssen.

Herr Rogge war zunächst in untergeordneter Stellung bei der Bezirksbehörde der DVP im Potsdam tätig. Im Herbst 1953 meldete er sich zu einem ABV-Kurs in Ludwigsfelde. Er wollte wieder aufs Land und nicht „Stadtpolizist“ bleiben. Der Einstieg Anfang 1954 war nicht leicht:

Aber ich muß sagen, die erste Zeit, wo ich hier rauskam, es waren alles Bauern zur Zeit noch hier, die ham det skeptisch ... ja jekuckt ... junger Mensch, was will der hier... Nich, es jab Schwierigkeiten, sie ham mir die erste Zeit nich anjekuckt.

Zunächst wohnten Rogges noch in Babelsberg, da die Frau zur gleichen Zeit mit dem vierten Kind schwanger war und noch nicht umziehen wollte. Im nächsten Jahr zog die Familie in eine Wohnung am Rande des Abschnitts,

dann hat sich schon alles ein bißchen mehr eingespielt, und ich komm ja och ein bißchen aus der Bauernwirtschaft, und ich weiß ja wie das so zusammenhängt. Und ich hab auch

einen SEHR guten Kontakt hier in Nietd aufgebaut, auch mit den Bauern. Es jab Schwierigkeiten, aber wir haben uns jegenseitig durchjerauft.

Was sich genau hinter diesen „Schwierigkeiten“ verbirgt, beschreibt Herr Rogge nicht. Statt dessen bietet er eine Formel an, die er auch in einem ihm gewidmeten Porträt, das am Ende seiner Laufbahn in der „Deutschen Bauernzeitung“ veröffentlicht wurde, verwandte. Ein Bauer habe einmal zu ihm gesagt:

„na, Rogge‘, sacht er, ‚du hast in einer Hand die Friedenspalme und in einer Hand den Gummiknüppel.‘ Aber ich hab es ihm ja nich für übel jenommen, ‚gut‘, sag ich, ‚wenn du das behauptest, dann wird es wohl wahr sein‘. Hab ich ihm das so jesacht. Wir ham uns aber nachher trotzdem gut verstanden. Nich, die ganze Entwicklung. Und dann bin ich nachher ‚in die Volksvertretung‘ dieser Gemeinde jekommen.

Mit seiner Wahl in die Gemeindevertretung, deren demokratischen Charakter er durch den mehrfachen Hinweis auf vier Gegenstimmen zu belegen versucht, läßt er in seiner Darstellung die „Schwierigkeiten“ mit den Bauern zunächst einmal hinter sich. Die eigentlichen Schwierigkeiten dieser Jahre lagen für ihn und seine Familie woanders: In einem Wachtmeister-Gehalt von 280 Mark.

... und hab hier dann gearbeitet, hab in der Ernte geholfen, auch meine Frau, die haben es SEHR anerkannt hier. Ja? Die hat jeschindert wie ein Ochse bei den Bauern manches mal, es war ja nicht so viel Geld, was wir jekricht haben, ich sag Ihnen das. Ich habe vier Kinder jehabt, alles kleine Kinder, die wollten essen. Die haben so manches Mal Pellkartoffeln essen müssen, ich muß das mal so sagen. Es war nich alles Gold, was glänzte. Ich habe jekämpft, auch meine Kinder, daß die satt wurden, ne.

Der soziale Platz im Dorf konnte offensichtlich nicht nur durch die von oben verliehene Machtfülle erstritten werden, er mußte allein schon aus materiellen Gründen in der örtlichen Landwirtschaft erarbeitet werden, was wiederum als Tüchtigkeit auch der Ehefrau anerkannt wurde. Damit ist zugleich eine struktureller Reibungspunkt mit den Vorgesetzten gegeben, denn wie viele andere Land-ABV betreiben auch Rogges individuelle Viehhaltung zur Aufbesserung ihres Speiseplans und Einkommens: Schweine, Ziegen, Hammel, Hühner, Enten –

Es sollte nich SEIN. Uns wurde es verboten, extra noch aus eigener Wirtschaft irgendwie was zu ziehen. Von meiner Dienststelle war's aus verboten, aber ich hab es trotzdem jemacht. [...] Mir hat ja keiner was jegeben, ich mußst sehen, wie ich erstmal durchkam, mit meine vier Kinder.

Aber, so fügt die Ehefrau hinzu, „ich konnte ja machen wat ick wollte“: Gegenüber einem inspizierenden Vorgesetzten ihres Mannes, der nicht mal Gänse von Enten unterscheiden konnte, reklamierte sie das Vieh als ihre individuelle Wirtschaft, das ihr keiner wegnehmen durfte.

1959 begann für die Rogges die Wende zum Besseren: Sie bezogen das geräumigere Haus eines republikflüchtigen Bauern mitten im Dorf, Frau Rogge fing an als Schweinezüchterin zu arbeiten und qualifizierte sich zum Meister, Herr Rogge nahm 1961 ein Fernstudium auf, um zum Offizier aufzusteigen, womit sich sein Gehalt innerhalb weniger Jahre verdoppelte. In seiner Erzählung leitet er jedoch nicht direkt zu dieser positiven Wendung für sich und seine Familie über, sondern beginnt diese Sattelzeit seiner Biographie unmittelbar im Anschluß an die zuletzt zitierte Passage folgendermaßen:

So, und dann mit dem Laufen der Zeit wurde dann hier eine LPG, das war ... kurz vor neun- neunun- NEUNunfuffzich wurde hier versucht, eine LPG auf die Beine zu stellen.

Initiiert durch Agitatoren des Rates des Kreises bildeten drei schwache Neubauern eine LPG Typ I, zugleich entstand eine GPG, während sich die Großbauern noch abwartend verhielten. Aber *„die Werbung, die hört ja nicht auf, die jing ja weiter. Nich, und eh... nu die großen Bauern erstmal reinzukriejen, es jab da bißchen Knatsch, ich muß das mal auch sagen...“*

Neben dem bereits erwähnten *es war nicht alles Gold, was glänzt* setzt Herr Rogge immer wieder die Floskeln *ich muß das mal auch sagen* oder *ehrlich gesagt* ein, um ambivalente Inhalte seiner Lebensgeschichte zu markieren, in diesem Falle die Einschüchterungspraktiken während der Kollektivierungskampagne, an der er ja zumindest indirekt und von Amts wegen beteiligt war. Unmittelbar geht er nun zu *dem* nennenswerten Kollektivierungskonflikt in seinem Dorf über. (Tatsächlich trug sich dieser erst im Sommer 1961, also in der kritischen Zeit der „Festigung“, nicht jedoch während des „sozialistischen Frühling“ zu.⁷⁵)

Es wurden zwei Großbauern, es hieß der Großbauer Meier und der Großbauer Pfannkuch, das war ein bißchen harter Kampf mit die beiden, die wollten nich, die ham auch Forderungen gestellt, ja? soundso, sie wollten alle 'n Auto ham. Und eh, dann würden sie Mitglied der LPG werden, ja?, denn die Forderungen ham sie auch gestellt, da jab es viel Krach denn, und da ham se diese beide Bauern zwei Tage, drei Tage einjesperrt in Potsdam. So, dann wurde, nach, wie se wieder rausjelassen (lacht) – wurden, dann wurde hier eine große Versammlung jemacht in der Gaststätte bei Harig, und dann wurd es nochmal durch einen KREISstaatsanwalt der kam hier raus und nochmal mit den Bauern gesprochen, auch nochmal mit die beiden eh, Kollegen, die zwei Tage dort im Kna- in Haft waren. Und dann ham se sich auch bereit erklärt eh, und sie ham auch ihre Forderungen, was sie jehabt ham, durchjesetzt. Ja, das ham sie jemacht, also muß ich ehrlich sagen.

„Ehrlich gesagt“ fungiert hier als Kompromißformel, die etwas andeutet und zugleich verdeckt: Es gab zwar politischen Zwang und Unterdrückung, aber die beiden Großbauern haben auch etwas durchgesetzt, und ob Herr Rogge selbst an dem Vorgang beteiligt war, bleibt völlig im unklaren. (In der archivalischen DVP-Überlieferung deutet nichts darauf hin.) Auf diese Geschichte folgt in noch unpräziseren Worten ein kurzer Bericht über nicht aufgeklärte „Zersetzungen“, denen Mitte der sechziger Jahre, gleich nach ihrer Umbildung zu Typ III, eine größere Kartoffelmiete der LPG zum Opfer gefallen war. Von da an verläuft die „ganze Entwicklung“ gradlinig weiter: *„die ham sich man muß ehrlich sagen gut entwickelt... Urlaub jemacht, ... sie ham ihren Plan immer erfüllt“*; 1974, nach dem Rückzug des Gründungs-Vorsitzenden, erfolgte der Zusammenschluß mit einer weitaus größeren aber schlecht wirtschaftenden Nachbar-LPG aus der Generation der ersten frühen „Landarbeiter“-LPG von 1953, die unmittelbar von SED-Funktionären dominiert wurde. Der eigentliche materielle Aufschwung im Dorf erfolgte Ende der siebziger Jahre durch den Anschluß dieser LPG an eine der großen ZBE des Havelländischen Obstbaugebietes, in der dann Frau Rogge ab Anfang der achtziger Jahre arbeitete. Das bringt ihr im Jahr des Interviews, sechs Jahre nach der Wende, immer noch eine Auszahlung von über 60 000 Mark ein, und im kommenden Jahr soll wieder was kommen; *„war die einzige Produktionsgenossenschaft Obst, die wirklich gut ausgezahlt hat.“*

„Ja, so war das hier. Es jab Schwierigkeiten jab es auch. Hier in diesem Haus hier war 'n Bauer, der is nach 'm Westen jegangen, ja“ – mit diesen Worten leitet Herr Rogge von der

75 VPKA Potsdam, K, 9.8.61, Übersicht über die kriminalpolizeiliche Lage im Monat Juli 1961 in den Kreisen Potsdam Stadt und Land, BLHA, Rep. 405/15.1.

materiellen Erfolgsgeschichte der örtlichen Landwirtschaft zur gleichzeitigen individuellen Erfolgsgeschichte über und erzählt, wie er eines frühen Morgens auf dem Hof, in dessen Wohnhaus er später einzog, nur noch die ungemolkenen Kühe vorfand. Die wurden dann sogleich von der Groß-LPG im Nachbarort übernommen.

Ja, so war die ganze Entwicklung. Ich hab mir ' gut eingelebt, ich muß da mal och sagen, die Kriminalität war nicht hoch hier, ... 1966, da hat der ABV von Gerlitz aufgehört, der iss denn, wollt er nich mehr weitermachen. Und da hab ich dann noch Gerlitz übernommen. Ja? Neu-Gerlitz, ja?, die Dörfer hab ich dann noch übernommen, und ich hab viel mit Franz Schmidt auch zusammengearbeitet, ja, wir haben uns ergänzt.

Franz Schmidt war der Vorsitzende der LPG im hinzugekommenen Abschnitt, der während der achtziger Jahre dort die erfolgreiche Obstproduktion leitete und zum Zeitpunkt des Interviews an der lukrativen Auflösung der LPG beteiligt ist. An das „Sich-Ergänzen“ in der persönlichen Zusammenarbeit schließt sich eine Selbstcharakterisierung Herrn Rogges an, die sogleich wieder den Eindruck eines konfliktfreien harmonischen Verhältnisses zum SED-Staat relativieren soll:

Also ... ich bin ... ich bin ja 'n Pommer, und die ham immer jesacht zu mir, ‚Rogge, du bist ziemlich stur‘, ja, das war ich auch, ich hab auch 'n dickes Fell jehabt, ich muß da mal auch ehrlich sagen. Ich hab mir so leicht auch nichts sagen lassen, auch nicht von unserer Dienststelle, ich muß das auch sagen, das ham die mir paarmal vorjehworfen, daß ich 'n dicken Kopp habe und ich sag, damit müßt ihr leben, entweder oder, hab ich jesacht, da müßt ihr leben so, und zuletzt (lacht bißchen) iss mir doch'n Fehler passiert, [ich muß] den mal ganz kurz erzählen.

Dieser „Fehler“ – nach langwierigen Recherchen hat Herr Rogge eine Verwandte in Westberlin aufgespürt und trifft sich 1987 mit ihr in einem Restaurant am Alexanderplatz in Berlin – kostet ihn fast den rühmlichen Abgang, den er dann am 1. Januar 1989 mit Auszeichnungen und allem drum und dran bekommt. Mit der Geschichte um die 24stündige Vernehmung in der Stasi-Kreisdienststelle und die Disziplinierung durch seinen Chef unterstreicht Herr Rogge, wie er bis zum Ende derselbe geblieben ist: ein sturer Kopp, der „entweder oder“ sagt, womit „die“ eben leben müssen. Unaufgefordert beginnt Herr Rogge im Anschluß an die Darstellung seines Ausscheidens – „hab ick jesacht, jetzt is Schluß, jetzt is gut“ – mit einer vergleichenden Bewertung der polizeilichen Verhältnisse in seinem Abschnitt damals und heute. Er genieße überall Ansehen, und seiner Frau würden die Leute sagen, „wo Rogge war, da war es besser“. Die Kriminalität habe er gut im Griff gehabt, er kannte die Täter, weil es doch immer dieselben waren, aber „was jetzt iss, ich muß das och sagen, es hat sich alles getrennt. Jeder jeht seinen Weg.“ Lebhaft und mit Begeisterung schildert er nun seine auf die Landwirtschaft bezogenen Aufgaben:

Ich konnt kommen, wo ich wollte, fragen Sie die Leute, ich konnt ' gehen und kommen, ich hab mich mit jedem unterhalten, ich muß des nachts raus, iss egal, was das war, ob Entbindungen war, ob se sich geschlagen ham, muß ich och öfter raus, ob irgendwas war, die LPG hat angerufen, ich mußte dann manchesmal da standen die Kühe in solch hohen Dreck, ja? Dann waren se besoffen, dann ham se die Kühe nich jemolken, da ham se nich ausjemistet, wer mußte hin, ich mußte wieder hin, ich muß zum Vorsitzenden gehn, ich sach, ‚du paß ma uff, die Kühe sind ge- nich, die stehen in hohen Dreck, die müssen ausjemistet werden‘, ja, ich war für alles zuständig, das war egal was das war. Es hat uns das keiner abgenommen, wenn du das nich jemacht hast, dann warst du das Schwarze Schaf, dann mußte antanzen, ‚warum hast du das nich jemacht? Das iss deine Aufgabe, was ham wer dir

da hinjesetzt. ' Nich?, also ich muß ALLES machen. Ja? Mähdrescher nich kam, warum nich, wenn irgendwas war, die Ernte, das mußte eingebracht werden, muß ich mir drum kümmern, wie iss egal, mit dem Vorsitzenden absprechen, wann, und dann, ich wollt das immer wissen undsoweiter, die wollten ja och denn die Parteien und wie se alle waren, wollten immer, Meldung, Meldung, Meldung, jeder Ernteeinsatz war immer eine Abgabe von Meldungen, ja? Das wollten die alles wissen, was passiert und was wird. Ja? Wann die Ernte beendet iss, wann se anfängt und so weiter und so fort, ja? Das war alles so meine Aufgabe, ja? Nich.

Engagierter, metaphorischer Sprechduktus – „Meldung, Meldung, Meldung“ –, nacherzählte direkte Rede und anschauliche Beispiele sind so nur an dieser Stelle des Interviews zu einer kompakten Beschreibung verdichtet und lassen darauf schließen, daß dieser Aufgabenbereich, die Ordnung und Sicherheit in der Landwirtschaft, tatsächlich eine Herzensangelegenheit von Herrn Rogge war. Dem schließt sich zugleich die Einsicht in die Mängel des Systems an:

Und wir haben och jeschafft, ich muß ehrlich sagen, es war nich leicht, diese ganze Entwicklung, bei uns, ich muß das sagen. Wir hätten mehr machen können. Wir hatten – wir hätten mehr machen können. Ja?

Das richtet sich sowohl gegen Schlendrian und Unehrllichkeit unten, wozu er die populäre Verkehrung des Honecker-Wortes „aus den Betrieben ist viel rausgeholt worden“ zitiert und auf die schönen Bungalows in seinem Abschnitt verweist, als auch gegen die ungerechten Privilegien der Oberen, die Westreisen machen durften und an Westwaren rankamen. Dieses Thema bietet den Einstieg zu seinem weltanschaulichen Bekenntnis:

Also das hat mir sehr jeärgert, also das war nich gut ... und uns ham se verboten, und uns wollten se in Dreck trampeln auf Deutsch gesacht, ne. Nich, also das war mir ... das war nich gut. Ich bin nu hier- ich bin auch gleich rausgegangen aus der Partei, ich hab dann nichts ... ich hab mein Buch abgegeben, und dann war die Sache erledigt, dann war für mir Schluß! ich wollt nischt hören und nischt sehen. Aber eins sag ich Ihnen, ich bleib Kommunist, aber 'n anderer. Ein anderer Kommunist. Ja, mir kann das keiner nehmen.

Der „andere Kommunist“, den ihm keiner nehmen kann, bringt das narrative Grundmuster der prekären Zugehörigkeit zum großen Ganzen des SED-Projekts noch einmal auf den Punkt. Einerseits: Herr Rogge war erst ab dem Moment und nur solange Parteimitglied, wie es für die Offizierslaufbahn unbedingt erforderlich war. Die politischen Anleitungs- und Korrekturrituale im Partei- und Dienstkollektiv erinnert er als gefährlich und angsterzeugend. Unaufgefordert schneidet er im Nachfrageteil des Interviews dieses Thema an:

Wenn man das (lacht) so überlegt, wenn, wenn 'n Mensch 'n Fehler jemacht hat, also der mußte was aushalten. Das Kollektiv, das hat jetrommelt, sag ich Ihnen, aber wie, die ham rinjeschlagen!, aber daß nich einer mal jesacht hat, ‚paßt mal auf, da hat er numal jemacht‘, verstehste? Nischt. Die haben dir ferti' jemacht, bis de keen Hemd, keen Hemde haste jehabt.

Einmal sollte er wegen einer Dienstpflichtverletzung sogar eingesperrt werden, aber *ich hab keine Angst, ich sag Ihnen das offen und ehrlich, ich sitze heute hier, ich hab für kein Angst, was mein Bruder jemacht hat, ich hab auch keine Angst. Und wenn se mir erschießen, iss mir scheißegal. Dafür müssen sie leben, nich ich.*

Der von den Nazis hingerichtete Bruder fungiert hier als unhinterfragbares und zugleich ganz und gar individuelles Vorbild im Aufrechterhalten von Distanz zur politischen Herrschaft, auch bei Strafe des eigenen Untergangs.

Aber andererseits: In Herrn Rogges Bekenntnis „ich bin ein anderer Kommunist“ sind zugleich ganz persönliche positive Erfahrungen aufgehoben, die ihn in die politische Ordnung der DDR einbanden und zu einem durchaus brauchbaren Amtsträger im Sinne der SED-Diktatur machten. Kurz nachdem er über Angst gesprochen hat, frage ich Herrn Rogge nach einem „Erfolgserlebnis“ in seiner Arbeit als Polizist, „also so, wo Sie sagen, da hat's richtig gut hingehauen, wenn Sie jetzt mal so die vierzig Jahre –“. Ohne daß ich die Frage zu Ende bringen kann, legt Herr Rogge – „Erfolgserlebnis“ genial mißverstehend – los:

Mein Volkserlebnis iss das gewesen, mit der Bevölkerung zusammenjearbeitet hab. Die war aufgeschlossen, wir haben Vergnügen jemacht hier in Niedt, wir haben Fasching jemacht, jedes, Jahr, ja? Die alte Frau iss mit 'n Hering hinten rumjelaufen und und am Fasching ... also das war, mein, Volkserlebnis iss die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung. Ich konnte kommen, wo ich wollte, ich bin in Häuser gegangen, Familien, ich konnte hinkommen, die ham sich jeprüjelt, nachher ham – sind se wieder zusammen jewesen, also das das war mein Volkserlebnis. Die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung. Ja? Nich bloß die Diebstähle, das war das wenigste. Nein, die Zusammen- ich war auf der Straße, ich hab mich unterhalten, kam dahin, jing mal auf de LPG oder ich jing in de Kneipe, da haste immer was Neues jehört,

was Frau Rogge zum Einwurf „Ohhhhhh, die Kneipe war ja der Anzugspunkt“ und Herrn Rogge zur ausführlichen Schilderung einer nächtlichen Zechtour mit der ABV-Parteigruppe, damals, als sie noch auf Fahrrädern unterwegs waren, animiert. Auch die Anleitung und der Einsatz seiner freiwilligen Helfer und sein Engagement in der Ortsgruppe der GST waren regelmäßig mit Kneipenbesuch und „Vergnügen“ verbunden. Mit dem „Volkserlebnis“ beschwört Herr Rogge einen transparenten sozialen Raum, in dem er sich uneingeschränkt bewegen konnte, ob Häuser, ob Straße, ob Kneipe; das Erleben unbeschwerter, „vergnügli-cher“ Gemeinschaft und Öffentlichkeit einschließlich der Gelegenheit, sich als Friedensengel zu betätigen. Auf meine Frage nach einer „schwierigen Situation“ als Polizist geht er ebenfalls nicht direkt ein, sondern führt seine Probleme *innerhalb* der DVP aufgrund seiner Dickköpfigkeit und seines Herkunftsmangels „Großbauer“ an. Von oben, aus dem Apparat und der Partei, kamen also die Schwierigkeiten: Kontrollen, Maßregelungen, Einschränkungen; im eigenen Abschnitt vor Ort hingegen konnten Zugehörigkeit und soziale Harmonie erlebt werden.

Warum und wie Herr Rogge mit seiner ambivalenten, in den frühen Jahren durchaus zögerlichen Haltung zur SED und ihrer Politik dennoch in dieses System und in seine Funktion als Land-ABV paßte, wie eine Hand in einen Handschuh, ist seiner letzten Antwort des Interviews, die meiner Frage nach seinen gegenwärtigen materiellen Verhältnissen gilt, zu entnehmen. Herr und Frau Rogge haben beide eine gute Rente und keine materiellen Probleme, aber er bekommt als ehemaliger Offizier jetzt nur 75 Prozent, was er als Ungerechtigkeit empfindet.

Bei Hitler jab es sowas nich, muß ich och ehrlich sein, wo Österreich und Tschechei, die ham genau das selbe Pulver jekricht wie die anderen auch. Wenn sie jearbeit' ham.

Um ja keinen falschen Verdacht aufkommen zu lassen, heben beide die Verbrechen Hitlers hervor und daß es nicht darum ginge, ihn zu verherrlichen. Dennoch vergleichen sie die Vereinigung und den „Anschluß“ Österreichs. Bundeskanzler Kohl wird das Wort „In fünf Jahren werdet Ihr Deutschland nicht wiedererkennen“ zugeschrieben, um warnend auf Hitlers ähnlich formulierte Prophezeiungen zu verweisen. Frau Rogge gibt sich als Flüchtling aus Oberschlesien zu erkennen, die, jetzt nach der Vereinigung, gerade mal 4 000 Mark

Lastenausgleich bekommen habe im Unterschied zu den Tausenden, die die damals in den Westen Geflohenen erhalten hatten. Auch Herr Rogge ruft sich nochmal seine Situation nach dem katastrophalen Scheitern der letzten deutschen „Vereinigung“ in Erinnerung: *„Ich komme aus Jefangenschaft, ich weiß gar nich, WOHIN, nach Hause durft ich nich.“* Daran knüpft er nun zwei Assoziationen: Eine Affirmation der eigenen moralischen Integrität, in der Familiengeschichte und „große“ Politik miteinander verschmelzen, und seine bis dahin nicht thematisierte biographische Alternative:

Bloß, ich hab das schon mal jehört ‚Heim ins Reich‘. Und daran denk ich immerzu wieder, mir gefällt das alles nich. Ja, ICH BIN KEIN, ICH BIN KEIN Hasser von ... wenn ich och Polizist war oder oder Kommunist war, oder was ich war, ich BIN kein Hasser von Menschen, nein, das bin ich nich. Da war in meiner Familie genuch fremde Menschen drin. Das mach ich nich. Ja, ich lieb alle Menschen, wie es sich gehört, wenn ich och Kommunist bin. Ja, ich sag Ihnen das. Ja, kenn kein Haß, aber Unjerechtigkeit, das will ich nicht. Das will ich nich, das iss mir 'n Dorn im Auge. Es wär ja, wenn das alles so jeblieden wär, wir wären nach Hause jekomm, wär es ganz anders jewesen, dann wär ick och keen Polizist jeblieden- [Sie:] Nee, dann hätteste die Landwirtschaft jemacht. [Er:] Ja.

In dieser politisch-historischen Synopse wird eine biographische Determinante noch einmal deutlich erkennbar, die Herrn Rogge wie viele seiner Generation für den Dienst im SED-Staat geradezu prädestinierte: Das einzige politische Koordinatensystem, das er aus eigener Anschauung kennt, ist Nazi-Deutschland. Der Bezug auf die damalige „Vereinigungspolitik“ dient hier als Vehikel zur Artikulation der ambivalenten Sicht auf die heutige Situation im Jahre sechs des wiedervereinigten Deutschlands und legt zugleich einen verfehlten Lebensentwurf frei: Ohne die Nazi-Diktatur und ihre katastrophalen Folgen wäre er nicht Polizist, sondern Landwirt geworden. Der umfassende Verlust, den die Nazi-„Vereinigungspolitik“ ihm als hinterpommerschem Bauernsohn brachte, konnte zwar vom SED-Regime nicht behoben werden. 1949, als er als 22jährige Vollwaise nach fünf Jahren Gefangenschaft nicht wußte wohin, bot es ihm immerhin Perspektiven relativ nah der Heimat, zunächst mit der stillen Hoffnung auf Rückkehr. Bekommen hat er zwar „nur“ die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen mit Familie und Landleben, darüber hinaus aber auch die aktive Teilhabe am „Volkserlebnis“ DDR. Sein Verlangen, Verwandtschaft und Heimat wiederzusehen, wollte und mußte er dafür nicht endgültig aufgeben; er besuchte bereits zu DDR-Zeiten gelegentlich das frühere Hinterpommern. Zahlen mußte er mit der Unterwerfung unter Parteidisziplin und militärische Dienstordnung. Wieviel die von ihm Polizzierten beisteuern mußten, und ob ihr Preis seiner Tätigkeit als Polizist zuzuschreiben ist – darüber schweigt er sich aus. Die erneute „Vereinigung“ mit ihren noch ungewissen Folgen erlebt er vor diesem Hintergrund als Gefährdung seiner zweiten, mit etwas Glück, Anpassungsvermögen und Eigen-Sinn erworbenen Gemeinschaftszugehörigkeit.

Die archivalischen Hinterlassenschaften der vorgesetzten Dienststellen des ABV Rogge bieten einige versprengte Anhaltspunkte für eine begrenzte „Gegenüberlieferung“, die seine Selbstdarstellung plausibel erscheinen lassen. Erstmals taucht er in einer ABV-Personalanalyse des VPKA Potsdam im April 1954 namentlich auf; dort wird er in der Problemgruppe der Parteilosen aufgeführt, die 24 Prozent aller ABV des Landkreises ausmachten.⁷⁶ Im Zuge der forcierten Kollektivierungskampagne ab Ende 1959 fertigte eine Kommission des VPKA Einschätzungen einzelner problematischer Gemeinden an, zu denen auch die von

⁷⁶ VPKA Potsdam, Abt. S, 29.4.54, an Genossen Inspektor Behnke, Analyse der ABV, BLHA, Rep. 404/15.

Rogges Abschnitt gehörte. Sein Vorgesetzter meinte, der Genosse R. könne aufgrund seiner vielen Dienstjahre bei gutem Willen politisch und fachlich eigentlich mehr leisten. Er sei „in seiner ganzen Arbeitstätigkeit etwas schwerfällig und phlegmatisch. [...] Im Umgang mit anderen Gen. ABV tritt er kumpelhaftig auf, zeigt versöhnlerische Tendenzen.“ Sein ABV-Kampfkollektiv leiste keine effektive Arbeit, auch die Arbeit mit seinen fünfzehn freiwilligen Helfern ließe zu wünschen übrig. Über „enge Kontakte zu den Bauern des Ortes“ berichtet die Parteisekretärin S.: „Allerdings in der Form, dass er sich von dem Bauern K., der als Gegner der LPG bekannt ist, zur Silberhochzeit einladen lässt und darüber hinaus seine Kinder Lebensmittel von K. holen liess. [...] Die Ehefrau des R. hatte im Jahre 1959 Schulden in Niedt, insbesondere bei einer Familie P., welche noch im gleichen Jahr RF [republikflüchtig – T. L.] wurde. [...] Ausserdem teilte uns die Genn. S. mit, dass das Ehepaar R. ständig zur Familie M. zum Fernsehen geht. Frau M. ist Genn. unserer Partei – gleichzeitig ist sie jedoch in der ev. Frauenhilfe aktiv tätig. Der Ehemann ist selbständiger Schmiedemeister in Niedt.“ Der Bericht schließt mit folgender Einschätzung des ABV R.: „Die Voraussetzungen zur Bearbeitung eines Abschnittes sind gegeben, jedoch bedarf es hierbei einer starken Anleitung und Kontrolle. Wie aus dem Bericht hervorgeht, ist auch bei dem Gen. R. zu verzeichnen, dass er den Klassenkampf in seinem Abschnitt nicht richtig einschätzt und politische und ideologische Unklarheiten hat. Da diese Dinge des Gen. Rogge weiter zurückliegen – er in der Zwischenzeit eine Schule besuchte – ist anzunehmen, dass der Gen. ABV für seine zukünftige Arbeit die richtigen Schlussfolgerungen gezogen hat.“⁷⁷

Offenkundig hat sich unser Erzähler in der Zeit vor dem „sozialistischen Frühling“ zunächst mit den „falschen“ Bauern in seinem Abschnitt abgegeben. Das war nicht nur einträglicher, möglicherweise verstand er sich als Bauernsohn mit ihnen auch besser oder fühlte sich zu ihnen hingezogen. Wie als ob er diese Jugendsünde verdrängt hätte, erzählt Herr Rogge nichts von den im Kommissionsbericht als besonders gefährlich eingestuften LPG-Gegnern des Dorfes. Das sich aus den Angaben über seine Ehefrau abzeichnende Bild eines in die informelle Alltagsökonomie des Dorfes integrierten ABV-Haushaltes hingegen deckt sich mit seinen Angaben über die Anerkennung, die sie sich durch Mitarbeiten im Dorf und im Kampf um die Ernährung ihrer Kinder erwarben.

In jedem Fall bestätigen diese Beschreibungen die Sattelzeit-Funktion der Jahre 1959/60, wie sie sich aus Rogges eigener Erzählung ergibt. Im Laufe des Jahres 1960 intensiviert er seine Mitarbeit in der Gemeindevertretung, indem er dort weisungsgemäß eine „Kommission für Ordnung und Sicherheit“ aufbaut. Spätestens jetzt ist er fester Bestandteil der „amtlichen“ Gemeindeöffentlichkeit und tritt regelmäßig vor deren Gremien und Kollektiven – Gemeindevertretung, Rat der Gemeinde, Gruppe der VP-Helfer, Freiwillige Feuerwehr, u. v. a. – auf. Einige der von ihm vorgelegten Rechenschaftsberichte aus den folgenden Jahren sind im Kreisarchiv überliefert. Demnach bereitete es ihm offenbar keine Schwierigkeiten, längere Protokolle und Berichte in einwandfreiem Deutsch mit Schreibmaschine zu Papier zu bringen (im Gegensatz zu etlichen Kollegen, die ihre Elaborate entweder mangels Allgemeinbildung oder durch ein Übermaß an Politfloskeln bis zur Unverständlichkeit verunstalteten ...)

Bei Herrn Rogge als einem ABV „mit Leib und Seele“ erweisen sich zwei Komponenten als ausschlaggebend für das Gelingen einer höchst individuellen Symbiose von Herrschaft

77 VPKA Potsdam, Operative Gruppe, 8.2.60, Einschätzung der Gemeinde Niedt [Pseudonym], BLHA, Rep. 405/15.

und Eigen-Sinn: Zunächst das Verlangen nach der Überwindung der in früher Jugend erlittenen Verluste von Familie, Hof und Heimat. Dafür bot das harmonieversessene, auf die Überschaubarkeit kleiner konkreter Gesellschaftsausschnitte abgestellte Ordnungsprinzip der DDR ein ideales Betätigungsfeld. Zum zweiten aber auch die Abgeschlossenheit einer Sozialisation ohne politisch offene Konstellationen, wie sie durch das „Verpassen“ von Besatzung und deutscher Teilung zwischen Kapitulation und Errichtung der SED-Diktatur gegeben war. Mit dem Eintritt in die Volkspolizei gehörte unser Erzähler, kaum daß er heimgekehrt war, erneut einer „totalen“ Institution mit rigiden Kontaktverboten an. Als Volkspolizist hat er die für das staatssozialistische Polizeikonzept paradigmatische Funktion eines ABV voll ausgefüllt, ja ausgelebt und dennoch beharrlich die ihm wichtigsten, aber politisch „falschen“ Kontakte gepflegt und wiederhergestellt: erst zu den Großbauern, dann nach dem Westen. Dafür stand ihm der von den Nazis hingerichtete Bruder mit seinen illegalen Kontakten nach Polen als individuelles Vorbild, das ihm keiner nehmen konnte.

8. Der ABV als Landwirt?

Der hier porträtierte ABV ist als ein besonders „erfolgreicher“ Einzelfall vorgestellt worden, um zu exemplifizieren, in welcher Weise Herrschaftspraxis und individuelle Lebensgeschichte in der SED-Diktatur ineinander verwoben sein *konnten*. Dem wären andere, „gescheiterte“ ABV-Karrieren gegenüberzustellen. Während Herr Rogge zum Beispiel noch heute in allen Kreisen seines früheren Abschnitts positiv erinnert wird, gilt der gleichaltrige Kollege, der 1966 aus der DVP ausschied und dessen Abschnitt er damals zu seinem eigenen dazubekommen hatte, als verschrobener Außenseiter, zumindest bei der SED-fernen Klientel. Auch in den zahlreich überlieferten Instruktorsberichten können wir ohne größere Anstrengung ein breites Spektrum an „Typen“ vom kontaktfreudigen und verhaltenssicheren Naturtalent bis hin zum isolierten und zu Formalismus Zuflucht nehmenden Stümper ausmachen.

Die Abschnittsbevollmächtigten auf dem Lande sahen sich von Anfang an paradoxen und während der fünfziger Jahre noch unerfüllbaren Anforderungen ausgesetzt: „enge Verbindung zur Bevölkerung“ einerseits, absolute Loyalität zur SED andererseits. Das sozial homogenisierte Dorf mit seinen umfassenden Vergesellschaftungsmechanismen – Stichwort „örtliche Organe als Massenorganisation der Werktätigen“ – versprach aus volkspolizeilicher Sicht Ansatzpunkte zur *indirekten*, auf der institutionalisierten Mobilisierung der Klientel beruhenden Ordnungssicherung, um diesen Widerspruch zu überwinden. Eine derartige auf Anleitung zur Selbstdisziplinierung hinarbeitende Polizeiarbeit wäre wenige Jahre zuvor angesichts der durch den Gegensatz zwischen sozialistischem und privatem Sektor angespannten Sozialbeziehungen noch undurchführbar gewesen. Die „innergenossenschaftliche Demokratie“ einschließlich der „komplexen“ Verflechtungen von wirtschaftlichen, politischen und polizeilichen Zuständigkeiten vor Ort bot dafür den institutionellen Rahmen.

Erst unter diesen Bedingungen konnten die ursprünglich mit der Einführung des ABV-Systems verbundenen ehrgeizigen Vorstellungen von einer genuin sozialistischen Polizeiarbeit in Ansätzen realisiert werden. Das im Prinzip der „engen Verbindung zur Bevölkerung“ angelegte Spannungspotential ließ sich abmildern, indem der ABV selbst ‚positive‘ soziale Beziehungen stiftete, z. B. in seiner Gruppe freiwilliger Helfer oder als

Organisator der GST-Gruppe, als Leiter von Bürger-Aktivs, vor allem aber durch die Integration in die politischen Strukturen seiner Gemeinde, also als aktives Mitglied der Gemeindevertretung und des Rates der Gemeinde. Die eigentliche Polizeitätigkeit trat so im Verhältnis zu den darum angelagerten sozialen und politischen Aktivitäten zurück; insbesondere, nachdem mit der formell abgeschlossenen Kollektivierung und dem Mauerbau eine Quelle von Rechtsverstößen und Konflikten mit der Obrigkeit beseitigt worden war, nämlich der soziale Widerstand gegen die kalte Enteignung.

Von ähnlicher Bedeutung wie diese politisch-soziale Integration in die Gemeinde schien aber die sich dem materiellen Eigeninteresse von Volkspolizisten verdankende ökonomische: Die Tätigkeit des ABV als Landwirt. Beide Wege erforderten weit mehr als konventionelles „Polizeihandwerk“ im Sinne des situationsgerechten und verhältnismäßigen Einsatzes von staatlicher Autorität in Konflikt- und Notsituationen.⁷⁸ Doch während der erstere zu den Dienstpflichten des ABV gehörte, war der zweite oben nicht gern gesehen, *obwohl* auch er die „enge Verbindung zur Bevölkerung“ festigte. Die Früchte der „Kenntnisse auf allen Gebieten der Landwirtschaft“ kamen also beiden zugute: dem individuellen ABV ebenso wie der SED-Herrschaft, wobei letztere damit nicht so recht glücklich wurde. In dieser Hinsicht stellte der ABV Rogge durchaus keinen ungewöhnlichen Sonderfall dar. 1956 hatte ein Offizier auf einer ABV-Konferenz im Bezirk Potsdam zu diesem Thema noch einschränkend festgestellt: „Manchmal sind unsere ABV mehr Landwirt wie [!] DVP – so soll es natürlich auch nicht sein“⁷⁹. Einige Jahre später schien diese Befürchtung in etlichen Fällen bereits handfeste Realität zu sein. Allein die Tatsache, daß Beiträge in der Zeitschrift *Die Volkspolizei* des öfteren über vorbildliche ABV und deren Familienangehörige berichteten, die ihre eigenen Flächen bei der ersten sich bietenden Gelegenheit in die örtliche LPG einbrachten, läßt sich als doppelte Botschaft lesen: Erstens war der ABV als Landwirt keine allzu seltene Ausnahmeerscheinung und zweitens war sein bzw. seiner Verwandtschaft Eintritt in die LPG eben *keine* Selbstverständlichkeit.⁸⁰ Diese rare Variante des Nebenerwerbsbauern starb mit der Kollektivierung nicht aus – eher im Gegenteil. In einem Rundschreiben an die Bezirkschefs brachte der Leiter der HVDVP im Januar 1962 folgendes Problem zur Sprache:

„In letzter Zeit mehren sich Vorkommnisse, die im Zusammenhang damit stehen, daß ABV neben ihrer eigentlichen Tätigkeit eine landwirtschaftliche Nebenwirtschaft betreiben. Der HVDVP wurde bekannt, daß es ABV gibt, die teilweise bis zu einem Morgen Ackerland bebauen und darüber hinaus noch zusätzlich Pachtland bewirtschaften. Vielfach halten sich diese ABV mehrere Schweine und anderes Kleinvieh, zum Teil für den eigenen Bedarf, zum Teil aber auch, um sich damit ein zusätzliches Einkommen zu verschaffen. In Einzelfällen führte das sogar dazu, daß ABV Diebstähle an Futtermitteln bei den LPG durchführten, um ihr Vieh entsprechend versorgen zu können. Durch solche Handlungen wird das Ansehen der Volkspolizei auf das Schwerste geschädigt. Andererseits tritt eine große Arbeitsbelastung bei denjenigen ABV ein, die in einem solchen Ausmaß Landwirtschaft betreiben, was in der Endkonsequenz zu einer nicht vertretbaren Vernachlässigung ihrer poli-

78 Zum Konzept der Polizeiarbeit als einem „Handwerk“ (craft) siehe die Pionierstudie von Michael Banton, *The Policeman in the Community*, New York 1964, und M. R. Chatterton, *The Cultural Craft of Policing – Its Past and Future Relevance*, in: *Policing and Society* 5 (1995), S. 97–107.

79 Referat für die Konferenz der ABV am 25. April 1956, BLHA, Rep. 404/15, Nr. 172, Bl. 179.

80 Siehe z. B. Rudolf Pabst, *Unsere Stärke liegt in der Klarheit*, in: *Die Volkspolizei* 13 (1960), Nr. 1, S. 7f.

zeilichen Aufgaben als ABV und auch ihrer gesellschaftlichen Pflichten führt. [...] Ich halte es für notwendig, daß sich die BDVP bezüglich der ABV einen Überblick verschafft und durch entsprechende Überzeugungsarbeit vertretbare Verhältnisse herbeiführt.“⁸¹

Die Antworten auf diese Umfrage waren eher ausweichend. Lediglich die Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg wußten über die private Viehhaltung durch ABV für den Eigenbedarf, bisweilen auch in größerem Umfang für den Nebenverdienst, zu berichten, meist in Verbindung mit der Mitgliedschaft der Ehefrau in der LPG. Andere wiederum arbeiteten im Urlaub für die LPG. Aber nur in wenigen Fällen sei es im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Tätigkeit von ABV zu Unregelmäßigkeiten bei der Futtermittelbeschaffung gekommen ...⁸²

81 Leiter der HVDVP, 25.1.62, an die Chefs der BDVP, BArchP, DO-1, 11, Nr. 423, Bl. 117.

82 Siehe BArch, DO-1, 10, Nr. 146/1, Bl. 109-115.